

Sächsischer Landtag  
Verwaltung  
Plenardienst, Präsidium, Parlamentarische  
Geschäftsstelle, Stenografischer Dienst

19. September 2022  
PD 2.4  
Apr 7/04-21 A

### **Stenografisches Protokoll**

(Wortprotokoll als Ergänzung des Protokolls nach § 41 der Geschäftsordnung des  
Sächsischen Landtags)

der Anhörung  
durch den Ausschuss für Regionalentwicklung  
am 9. September 2022, von 10:06 bis 12:59 Uhr, im Plenarsaal

Protokollgegenstand:

**„Den sächsischen Kohleausstieg überdenken,  
Strukturwandel überprüfen, Energiesicherheit herstellen“**

Antrag der Fraktion AfD

Drucksache 7/9586

(Beginn der Anhörung: 10:06 Uhr)

Vors. André Barth: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung des 7. Sächsischen Landtags. Ich begrüße alle Mitglieder des Ausschusses. Ich begrüße auch den Referenten der Staatsregierung. Wir beginnen mit TOP 1, der Drucksache 7/9586 „Den sächsischen Kohleausstieg überdenken, Strukturwandel überprüfen, Energiesicherheit herstellen“, ein Antrag der AfD-Fraktion. Diese Drucksache wurde am 7. April 2022 federführend an den ARE überwiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist in dieser Angelegenheit mitberatend. Wir haben in unserer 20. Sitzung am 1. Juli beschlossen, heute eine öffentliche Anhörung mit Livestream durchzuführen. Die Stellungnahme der Staatsregierung wurde Ihnen am 12. Mai 2022 übersandt.

Wir beginnen nun mit der öffentlichen Anhörung. Ich begrüße die Sachverständigen, die in der Reihenfolge, wie ich sie jetzt aufrufe, ihre Vorträge halten werden: Herr Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert, Herr Wolfgang Dirschauer, Frau Dr. Julia Gabler, Frau Daniela Kolbe, Herr Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke, Herr Volker Lux, Herr Kristian Kirpal, Herr Dr. Cornelius Plaul, Herr Dr. Gerd Rojahn und Herr Prof. Dr. Jens Schneider. Ich bitte die Sachverständigen, ihren Eingangsvortrag auf jeweils zehn Minuten zu begrenzen. Ich werde genau darauf achten und nach zehn Minuten den Vortrag knallhart abbrechen, weil wir insgesamt zehn Sachverständige haben, sodass wir mit der Redezeit ressourcenschonend umgehen müssen.

Danach erhalten alle Ausschussmitglieder wie üblich die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Ich bitte die Ausschussmitglieder, die Fragen konzentriert an einzelne Sachverständige zu stellen. Wenn allgemein offene Fragen in großer Stückzahl gestellt und alle zehn Sachverständigen aufgefordert werden, darauf zu antworten, haben wir heute im Plenarsaal, den wir spätestens um 13:30 Uhr verlassen müssen, ein Zeitproblem. Ich werde niemandem die Fragestellung verbieten. Ich bitte Sie, dass Sie die Gegebenheiten, in denen wir uns heute befinden, im Hinterkopf haben.

Das sei es zur Einführung gewesen. – Herr Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert, ich bitte Sie um Ihren Sachvortrag. Die Zeit läuft mit dem ersten Wort.

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

In zehn Minuten kann man nur wenige Aspekte einer komplexen Angelegenheit ansprechen.

(Folie 2: Zieldreieck der Energiewende)

Einer davon ist das Zieldreieck der Energiewende, das mit der Energiewende aufkam, bei dem die drei Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit im Allgemeinen als gleichgewichtig angesehen werden.

(Folie 3: Zieldreieck der Energiewende)

Umweltverträglichkeit bedeutet inzwischen weitestgehend CO<sub>2</sub>-Freiheit.

(Folien 4 und 5: Die drei Ziele sind nicht gleichwertig!)

Die drei Ziele sind nicht gleichwertig, sondern die Versorgungssicherheit ist von überragender Bedeutung.

(Folie 6: Gefahren für unser Stromnetz)

Unser Stromnetz ist eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, das von zahlreichen Phänomenen bedroht ist. Es gibt welche, die sich menschlicher Einwirkung entziehen, wie zum Beispiel Sonnenstürme oder extreme Wetterereignisse. Es gibt welche, die durchaus menschlich beeinflussbar sind, wie zum Beispiel die Zunahme fluktuierender Energie im Netz, defizitäre Stromerzeugung und mangelnde Sachkunde der Politik.

(Folien 7 bis 9)

Hier haben Sie dargestellt, wie die Abschaltung der Kraftwerke, die eigentlich die Grundlast erzeugen sollen, zeitlich erfolgen soll. Wir haben im Jahr 2038, wenn alles nach ursprünglichen Vorstellungen geht, 52 Gigawatt gesicherte Leistung weniger bei einer Spitzenleistung von 82 Gigawatt. Jetzt kommt auch noch die Frage der Vorverlegung. Als Nebenbedingung war lange Zeit klar, dafür müssen circa 50 große Gaskraftwerke als Brückentechnologie gebaut werden.

(Folie 10)

Hat Ihr Ministerpräsident Recht, wenn er sagt, die Energiewende mit Gas als Grundlast ist gescheitert? Ich würde ihm auf jeden Fall dabei Recht geben.

(Folien 11 bis 15)

In den nächsten Jahren wird der Strombedarf bei uns dramatisch anwachsen, zum Beispiel durch den Umstieg von Verbrennern auf insgesamt 15 Millionen E-Autos schon 2030 – nach der Vorstellung des Staatssekretärs Graichen. Die Installation von acht Millionen Wärmepumpen soll in diesem Zeitraum erfolgen. Wir dürfen nicht vergessen, die Prozesswärme macht den größten Anteil des Energiebedarfs aus. Die soll weitgehend mit grünem Wasserstoff erzeugt werden. Dieser Wasserstoff wird unter hohen Verlusten auch mit Strom hergestellt. Die Digitalisierung wird ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, und die Bevölkerung wird, wenn es kalt wird, keineswegs geduldig frieren, wenn das Gas nicht da ist, sondern sie werden auf elektrische Heizgeräte umsteigen. Das haben Sie schon gehört. Es sind Millionen davon bereits verkauft wurden.

(Folien 15 bis 18)

Wir steuern also auf eine Stromlücke zu – hier von Prof. Schwarz aus Cottbus-Senftenberg dargestellt –, die sich nicht genau beziffern lässt. Wir wissen nur, sie wird da sein und ständig wachsen. Wir werden eine Strommangelwirtschaft und eine sogenannte dargebotsorientierte Stromversorgung erleben. Damit ist eine immer größere Instabilität des elektrischen Netzes verbunden.

(Folie 19: Notwendige Eingriffe zur Gewährleistung der Netzsicherheit – Regelzone TenneT)

Die Zahl der händischen Eingriffe nimmt von Jahr zu Jahr zu. Ich habe hier noch einen Stand von 2011, der jetzt bei Weitem übertroffen ist.

(Folie 20: Die Perspektive unserer Stromversorgung)

Die Perspektive sieht meiner Meinung nach folgendermaßen aus: Bei der Strommangelwirtschaft werden Primärreserve und Sekundärreserve weitestgehend immer wieder ausgelastet werden, und es wird zu kontrollierten Abschaltungen kommen müssen, sogenannten Brownouts. Wenn man ein Stromnetz ständig am Rande seiner Stabilität fährt, wächst damit dramatisch die Gefahr, dass es entgleist und zu einem Blackout kommt. „Blackout“ wird neuerdings als Begriff relativ leichtfertig verwendet, aber darunter ist ein langfristiger großflächiger Ausfall der Stromversorgungssysteme zu verstehen. Deren Wiederinstandsetzung ist nicht mit früheren derartigen Ereignissen zu vergleichen. Wir haben einen sehr hohen Anteil von Energieerzeugern, die nicht schwarzstartfähig sind. Dafür gibt es noch keine Erfahrung.

(Folie 21)

Dieser Blackout ist eine Katastrophe, wie wir sie uns in ihren Ausmaßen noch ungenügend vorstellen. Das ist die ultimative Katastrophe schlechthin. Das hat schon 2011 ein Bundestagsausschuss festgestellt. Das möchte ich hier noch einmal vorlesen: „Die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls summieren sich zu einer Schadenslage von besonderer Qualität. Betroffen wären alle kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern. Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotenzials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewusstsein nur in Ansätzen vorhanden.“ Das gilt heute viel stärker als damals.

(Folie 22)

Im vergangenen Jahr hat sich das Bundesamt für Bevölkerungsschutz dahin gehend geäußert: Die Wahrscheinlichkeit für eine durch einen Stromausfall verursachte Katastrophe ist höher als jede andere Gefahr zu bewerten, und die Schäden sind höher als die einer neuerlichen Pandemie zum Beispiel einzustufen.

(Folie 23)

Ein einwöchiger Blackout, das möchte ich hier ganz klar sagen, würde Hunderttausende von Todesopfern fordern. Wer daran Zweifel hat, dem empfehle ich die Dokumentation von 3sat aus dem Jahre 2019 „Stromausfall: Worst Case für Krankenhäuser“. In dieser Dokumentation kann man anschaulich erläutert bekommen, dass Krankenhäuser schon am dritten Tag nicht nur wegen des Strom-, sondern auch wegen des Wassermangels an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind und Patienten einfach auf die Straße setzen müssen.

(Folie 24)

Das Fazit wäre: Die vordringlichste Aufgabe der Energiepolitik ist die Vermeidung eines langandauernden großflächigen Stromausfalls.

(Folie 25)

Nun wird aber immer wieder gesagt: Wenn wir genug Windenergie zur Verfügung haben, können wir das Stromnetz sicher betreiben. Stimmt das?

(Folie 26: Stromerzeugung und -verbrauch im Januar 2017)

Die Dunkelflauten, die damit überbrückt werden müssen, liegen wie zum Beispiel im Jahr 2017 bei zehn Tagen. Mit dieser Größenordnung muss man unbedingt kalkulieren. Eine neuere Studie in den USA ist sogar darauf gekommen, indem sie die letzten 35 Jahre ausgewertet hat, dass man sicherheitshalber neun Wochen ansetzen müsste.

(Folie 27)

Dazu sagt Frau Prof. Claudia Kemfert, die Sie sicher kennen: „Wir haben Batteriespeicher noch und nöcher.“

(Folie 28)

Die von der LEAG betriebene BigBattery in der Lausitz, die immer wieder als großes Vorbild, als größte Batterie Europas bezeichnet wird, kann Deutschland bei einem Netzausfall rechnerisch 3,6 Sekunden lang mit Strom versorgen – das auch nur theoretisch, weil sie nicht in der Lage ist, die notwendigen Ströme zu erzeugen.

Vors. André Barth: Noch zwei Minuten.

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Gut.

(Folie 31)

Pumpspeicherwerke: Die Bundesnetzagentur hat im vergangenen Jahr festgestellt: Müssten die deutschen Pump- und Batteriespeicher die Stromversorgung übernehmen, würden sie nach weniger als einer halben Stunde leer sein.

(Folie 32)

Tatsächlich wären für einen zehntägigen Blackout 16 Terrawattstunden zu speichern. Dafür wäre ein Lithiumspeicher mit 48 Millionen Speichermasse notwendig. Das ist das Zehnfache der gegenwärtigen Welt-Lithiumproduktion. Die Kosten kann man auf 3,6 Billionen Euro schätzen.

(Folie 33)

Dieser Weg des hemmungslosen Ausbaus der Windenergie ist eine Sackgasse.

(Folien 34 bis 36: Fazit)

Solange die – das ist mein letzter Satz – für eine sichere Erzeugung von Strom im Netz notwendige Speicherkapazität nicht da ist und keine Alternativen in Sicht sind, sollte keinesfalls auf Energieerzeuger verzichtet werden, die nicht nur sicher, sondern auch sehr effizient sind, weil die Braunkohle in der Lausitz keine Flüsse zur Anfahrt von Kohle benötigt. Sie braucht kein Gewässer zur Kühlung. Sie nimmt das Grubenwasser. Sie sollte solange wie möglich am Netz bleiben.

Vors. André Barth: Danke, Herr Sachverständiger. Sie haben die Zeit hervorragend eingehalten. – Als Nächstes bitte ich Herrn Dirschauer um seinen Vortrag. Bitte schön.

Wolfgang Dirschauer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und im Livestream! Auch ich darf mich für die Einladung bedanken, heute im Sächsischen Landtag als Sachkundiger sprechen zu dürfen. Ich bitte um Ihr Verständnis dafür, dass ich mich in meiner Stellungnahme vor allem auf die Themen Kohleausstieg und Energiesicherheit beschränken möchte. Zu den Chancen und Risiken des Strukturwandels sitzen hier berufenere Köpfe, die Sie eingeladen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Stilllegungspfad der LEAG-Braunkohlenkraftwerke ist im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz eindeutig fixiert. Zusätzlich, das wird leider mitunter vergessen, ist der Kohleausstieg in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag nochmals detailliert unterlegt worden. Vertragspartner sind die Betreiber der Kraftwerke, also auch die LEAG, und die Bundesrepublik Deutschland. Insofern gibt es keinen sächsischen, keinen brandenburgischen und auch keinen sachsen-anhaltinischen Kohleausstieg, sondern einen bundesdeutschen Kohleausstieg.

Gemäß diesem deutschen Kohleausstiegspfad soll der erste LEAG-Kraftwerksblock Ende des Jahres 2025 in eine sogenannte zeitlich gestreckte Stilllegung überführt werden. Die letzten vier Blöcke sind spätestens zum Ende des Jahres 2038 stillzulegen. In den Jahren 2026, 2029 und 2032 wird geprüft, ob die Blöcke, die nach 2030 noch in Betrieb sind, jeweils drei Jahre früher stillgelegt werden können. – Soweit die Eckdaten in Gesetz, soweit die Eckdaten in einem völkerrechtlich, nationalrechtlich verbindlichen Vertrag. Beide gelten bis heute unverändert, und es wird Sie vielleicht nicht überraschen, dass wir die Absicht haben, diesen Vertrag einzuhalten und auf dieses Gesetz in diesem Rechtsstaat bauen.

Wir haben unsere bergbaulichen Planungen sowie unsere unternehmerische Strategie auf diesen Stilllegungspfad bis 2038 ausgerichtet. Ich hoffe, Ihnen später noch etwas zu unserer unternehmerischen Neuausrichtung sagen zu dürfen, falls Sie dies interessiert. Natürlich haben wir die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung zur Kenntnis genommen. In dieser wird das Ziel formuliert, idealerweise bereits 2030 die Kohleverstromung in Deutschland zu beenden. Wir haben dieses neue Datum im Herbst 2021 – ich darf daran erinnern, dass damals schon die Energiekrise in vollem Schwunge war – öffentlich kritisiert. 2030 war damals bereits falsch. Es ist seitdem durch die energiewirtschaftliche und geopolitische Entwicklung nicht richtiger geworden. Wir halten einen Kohleausstieg 2030 für klimapolitisch unnötig und volkswirtschaftlich schädlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, es wäre kaum zu verstehen, hier und heute nicht nur pro domo als Vertreter von LEAG zu sprechen, sondern wir müssen auch auf die

aktuelle Lage auf den Energiemärkten und das Thema Energiesicherheit zu sprechen kommen. Ich darf hier an Prof. Bennert anknüpfen.

Deutschland steckt – ich denke, darüber besteht in diesem Raum kein Zweifel – mitten in der schwersten Energiekrise seiner Geschichte. Damit daraus nicht auch noch eine verheerende Wirtschaftskrise wird, muss die Versorgungssicherheit in der Tat absolute Priorität haben. Wir liefern mit unseren Tagebauen und Kraftwerken diese Sicherheit und wollen dies im Rahmen der geltenden Gesetze und Verträge, sofern Politik uns dies ermöglicht, auch weiter tun. Der politisch gewollte Abbau von gesicherter Kraftwerksleistung hat zu einer kritischen Abhängigkeit von Erdgasimporten geführt. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist zumindest für uns eindeutig klar: Die bisherige Gleichung der Energiewende, Klimaschutz durch billige Erneuerbare plus billiges Erdgas, geht so nicht mehr auf.

Alternativen stehen kurzfristig nicht bereit, jedenfalls nicht wirtschaftlich. Ob Wasserstoff Erdgas wirklich eins zu eins ersetzen kann, werden wir wahrscheinlich nicht vor 2030 wissen. In dieser Situation ist es geboten und unerlässlich, ein Maximum an gesicherter Leistung am Netz zu halten und zusätzlich gesicherte Leistung wieder in den Markt zu bringen. Nur mehr Strom im Netz schafft Sicherheit, und zwar Strom aus gesicherter Leistung.

Der LEAG-Vorstand hat deshalb zusammen mit dem Konzernbetriebsrat in dieser Woche einen Brief an den Bundeskanzler gerichtet und ihn darum gebeten, kostentreibende Regulierungen zu beseitigen und alle Optionen zu nutzen, die Liquidität am Strommarkt zu verbessern. Wenn es zutrifft – und ich denke, dass es zutrifft –, dass vor allem in diesem Winter jede Megawattstunde zählt, dann müssen alle Kraftwerke ans Netz gehen dürfen. Dann müssen auch finanzielle Hürden an den Strombörsen abgesenkt werden. Es kann nicht sein, dass die Unternehmen für ein hypothetisches Ausfallrisiko dreistellige Milliardenbeträge an Krediten bei der KfW aufnehmen müssen, um das sogenannte Margining zu hinterlegen. Dieses Geld fehlt den Unternehmen, dieses Geld führt dazu, dass die Hürden für den Eintritt auf dem Strommarkt viel zu hoch sind.

Die Situation im Stromnetz ist ohne Zweifel ernst. Der aktuelle Bericht der Übertragungsnetzbetreiber sieht in diesem Winter nicht nur in Deutschland, sondern – und das ist weitaus dramatischer – auch bei unseren „elektrischen Nachbarn“ eine kritische Lage voraus, dramatischer deshalb, weil wir immer darauf gesetzt haben, dass die In- und Exportflüsse in unserem zentraleuropäischen Strommarkt funktionieren und Knappheiten grenzübergreifend ausgeglichen werden können. Dies steht infrage.

Erstmals seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1990 hat Deutschland in diesem Jahr in den ersten sechs Monaten eines Jahres mehr Strom nach Frankreich exportiert, als aus Frankreich importiert. Dabei waren diese Stromimporte, auch wenn darüber ungern gesprochen wurde, in die deutsche Energiewende fest eingepreist. 10 % unserer Stromversorgung sollte auch langfristig aus Importen sichergestellt werden, und zwar nicht nur bilanziell, sondern tatsächlich, wenn es gebraucht wird. Auch aufgrund der angespannten Lage in den französischen Kernkraftwerken und damit der französischen Stromversorgung wurde im August in Deutschland mehr und nicht weniger Erdgas verstromt als im gleichen Vorjahresmonat.

Es ist genau das Gegenteil dessen eingetreten, was notwendig wäre und was sich, ich denke überparteilich, alle in diesem Land vorgenommen haben. Die volkswirtschaftlichen Folgen der Kostenexplosion auf dem europäischen Gasmarkt und als Konsequenz daraus auf dem Strommarkt wären sicher ein Thema für eine eigene Anhörung und würden den Rahmen hier sprengen. Erlauben Sie mir nur einen Hinweis: Kaum ein Ökonom rechnet mittelfristig mit einer Rückkehr der Gaspreise auf Vorkriegsniveau.

Der Umstieg auf LNG, liquefied natural gas, Flüssiggas, wird in Deutschland und Europa dauerhaft höhere Gaspreise erfordern, als die der letzten 20 Jahre. Das billige Leitungsgas, das Grundlage des Geschäftsmodells der Industrie- und Exportnation Deutschland war und ist, ist nicht mehr gesichert. Bereits jetzt ist absehbar, dass sich die Energieimportkosten in bislang unbekannte Größenordnungen entwickeln werden. Allein in diesem Jahr kommen auf die deutsche Volkswirtschaft – das sind wir alle, das ist kein abstrakter Begriff – Mehrkosten nur für den Erdgasimport von über 200 Milliarden Euro zu. 200 Milliarden Euro, das ist die Hälfte des Bundeshaushalts, wenn er nicht gerade die Schuldenbremse sprengt.

Sie wissen aus Gesprächen in Ihren Wahlkreisen mit Ihren Nachbarn wahrscheinlich besser als ich, welche Probleme auf Haushalte und Unternehmen mit den neuen Kosten für Erdgas zukommen: Faktor 5, Faktor 6, Faktor 7, Faktor 8 in der Gasabrechnung.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben schon vor Jahren gesagt, und mitunter wollte man das nicht gern hören: Wir gehen davon aus, dass unsere Braunkohle der natürliche Partner der Erneuerbaren ist, auch auf dem Dekarbonisierungspfad. Wir sichern im Netz von 50 Hertz heute, und so es funktionieren wird auch zukünftig, die schwankende Einspeisung aus Photovoltaik und Wind ab. Wir sind es, und nicht die Gaswerke. Wir sorgen dafür, dass auch nachts und bei Flaute der Strom aus der Steckdose kommt. Aber wir sind kein Unternehmen, das beabsichtigt, einen Auslaufbetrieb der Braunkohle zu verwalten. Wir wollen aktiv – das ist die Brücke, zu dem Teil, zu dem Sie berufenere Köpfe als mich geladen haben – die Zukunft im Revier mitgestalten. Wir können Braunkohle, das ist selbstverständlich, aber wir können noch viel mehr als Braunkohle. Wir können und wir wollen umfangreich in erneuerbare Energien investieren, vor allem auf unseren Bergbau- und Industrieflächen. Da kommen wir in einen industriellen Maßstab, die Erneuerbaren so zu nutzen, dass sie über Speicher industriell interessant sein können.

Wir können und wir wollen mit unseren heutigen Kraftwerksstandorten in die Zukunft gehen. Das heißt, wir wollen große Energiespeicher errichten und neue Stromerzeugung in neue Kraftwerke bringen, die perspektivisch klimaneutral arbeiten können. Aber alle diese Zukunftsinvestitionen stehen heute im Risiko.

Mir steht es nicht zu, dem Freistaat Sachsen Ratschläge zu geben. Aber ich plädiere mit Blick auf die Welt, in der wir leben, für eine Energiestrategie, die erstens der heimischen Braunkohle Planungs- und Rechtssicherheit bis 2038 gibt, eine Energiestrategie, die zweitens den Ausbau der erneuerbaren Energien strategisch vorantreibt und durch eine industriepolitische Dimension ergänzt wird. Das bedeutet, in den Revieren sollen Produktionskapazitäten aufgebaut und Wertschöpfungsketten geschaffen werden. Der Import von Wertschöpfung aus dem Ausland ist nicht das Geschäftsmodell einer nachhaltigen Energieversorgung. Drittens und letztens bitte ich



darum, dass wir die Wasserstoffdiskussion realistisch führen, Technikverbote und Farbenlehren nach hinten stellen und nicht erneut Klumpenrisiken beim Import zulassen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, zu Ihnen sprechen zu dürfen, und freue mich auf Ihre Fragen.

Glück auf!

Vors. André Barth: Danke, Herr Sachverständiger, für ihren Vortrag. – Als Nächstes Frau Dr. Julia Gabler. Mit dem ersten Wort beginnen die zehn Minuten.

Dr. Julia Gabler: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Gäste im Landtag! Herzlichen Dank für die Einladung, als Sachkundige sprechen zu dürfen, und vielen Dank für das Vertrauen. Ich lebe und arbeite in der Lausitz und habe mich sowohl als Soziologin, nicht als Politikwissenschaftlerin, durch Forschung und Wissenschaft in den letzten Jahren mit dem Strukturwandel vertraut gemacht sowie als Bürgerin und engagiertes Mitglied einer Zivilgesellschaft, deren Beteiligung in diesem Prozess explizit eingefordert wird. Meine Kommentierung findet in erster Linie aus fachlicher Perspektive statt, aber natürlich fließt auch mein Blick aus der zivilgesellschaftlichen Position auf den Prozess ein.

Während meiner Tätigkeit im Rahmen der Begleitforschung am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung, das IASS in Potsdam, das neben dem Institut für ökologische Raumentwicklung ebenfalls wissenschaftliche Expertise erarbeitet hat – Prof. Knippschild und Dr. Heer haben bereits im Ausschuss, soweit ich weiß, zum Stand der Zusammenarbeit Brandenburg und Sachsen referiert – lag unser Augenmerk auf dem Strukturwandel als politisches Projekt, dem Klimawandel zu begegnen und Transformation in den Regionen demokratisch und sozial verträglich zu gestalten.

Ich will Ihnen folgend, dafür bin ich heute hergekommen, drei Dilemmata skizzieren und eine Lösungsperspektive offerieren: Dilemma 1, den als notwendig erachteten Kohleausstieg zu beschleunigen und Maßnahmen zum Klimaschutz bereitzustellen bei gleichzeitigem breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Anstrengungen zur Energiewende durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung bei gleichzeitiger Sicherung des sozialen Friedens lautet das politische Projekt. Das heißt, die Transformationsenttäuschungen aus den 1990er Jahren sollen vermieden werden, und zwar durch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Umgestaltungsprozess, auch, um Vertrauen wiederzugewinnen, das in den letzten Jahrzehnten in den betroffenen ländlichen Regionen in die politischen Institutionen verlorengegangen ist.

Dieser Anspruch auf Beteiligung wiederum nimmt nicht nur erfahrungsgemäß Zeit in Anspruch, weil der Prozess breiter aufgestellt wird; denn je mehr gesellschaftliche Interessengruppen am Tisch sitzen, desto heterogener ist das Aushandlungsfeld – das wissen Sie hier in der Praxis besser, als ich –, desto mehr potenzielle Konflikte und Abstimmungsnotwendigkeiten. Es braucht aber auch deshalb mehr Zeit, weil die Routinen der politischen Beteiligung und des bürgergesellschaftlichen Mitbestimmungsprozesses aufgebaut und belastbar eingebunden werden müssen. Dieser Beteiligungsanspruch konterkariert die Notwendigkeit, rasch aus der Kohleverstromung auszusteigen und die infrastrukturellen Rahmenbedingungen dafür herzustellen.

Kommen wir zu Dilemma 2, Transparenz und Beteiligung versus Geldausgabedruck in den Revieren: Der verwaltungsrechtliche Prozess zur Verwendung der Mittel im Rahmen des Investitionsgesetzes schreibt Beteiligung vor. Zum anderen werden Förderperioden eingeführt, die Zeitfenster definieren, in denen zügig Geld investiv, also in Beton, verausgabt werden muss, und zwar möglichst so umfangreich, dass in den folgenden Förderperioden der Betrag nicht schrumpft. Allein dieses Spannungsfeld: Kohlausstieg einerseits, Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, und anhaltende Wachstumslogik durch Investition und Geldausgabedruck führen zu Wider- und Einsprüchen, die in dem vorgesehenen Beteiligungsgremium, dem Regionalen Begleitausschuss, keinen Platz haben und genügend Konfliktstoff bieten.

Das ist die andere Seite des Dilemmas: Die geladenen Interessensgruppen, die dort auch für Transparenz stehen, die einsehen, dass die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Regionalen Begleitausschuss stattfindet, clashed mit den wahrgenommenen Realitäten; denn sie sitzen dort ohne Aufwandsentschädigung, ohne Stimmrecht oder ein Voting das mindestens empfehlenden Charakter trägt, finden sich teilweise in vorabgestimmten Projektvorschlägen wieder, was verständlicherweise wegen des beschleunigten Entscheidungsprozesses notwendig ist. Diese Wahrnehmung muss bei den zivilgesellschaftlichen Interessengruppen den Eindruck hinterlassen, hier Platzhalter für ein Versprechen zu sein, das technisch umgesetzt wird, aber kaum zur erwünschten Zustimmung und Unterstützung im Strukturwandelprozess führt und deshalb die Gruppen brüskiert, die für ein wachsendes Vertrauen in die demokratischen Institutionen sorgen und werben wollen.

Wir sind bei Dilemma 3, das Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft, die sich organisiert: Macht mit, aber nur zu unseren Bedingungen! Unter anderem in der wissenschaftlichen Begleitung des Bündnisses der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz sowie als ehrenamtliches Mitglied im Regionalen Begleitausschuss kann ich erstaunlicherweise Organisationswillen und Beteiligungsanstrengungen in der Ober- und der Niederlausitz beobachten. So nehmen die Akteure regelmäßig an elend langen Sitzungen teil. Sie formulieren proaktive Positionierungen, führen Veranstaltungen durch oder suchen Kontakt zu Entscheidungsträgern und Verantwortlichen, um mitzubestimmen. Es mangelt aber offensichtlich an Mechanismen, die diese Anstrengungen adressieren und für die Mitgestaltung einbinden können – außerhalb besagten langwierigen Sitzungen, in denen de facto nicht mitbestimmt werden kann.

Das strukturelle Missverhältnis wird hier deutlich: dezentrale, bottom-up-Prozesse in der Lausitz, die kaum finanzielle Untersetzung erhalten oder proaktiv Vorschläge einbringen können, die dann auch weiterverfolgt werden. Stichwort: Entwicklungspapier im Rahmen des ZWL-Prozesses Lausitz 2050, versus zentrale Verwaltungsroutinen, die sich verständlicherweise nicht verunsichern lassen wollen oder können, und auf vorhandene wie nicht vorhandene Verfahrensrichtlinien verweisen. Nichts ist schlimmer als das: Engagement, das in die Warteschleife geschickt wird, warten, bis man dann doch nicht dran ist. Das kennen die Lausitzerinnen und Lausitzer seit Jahrzehnten und haben gelernt: Dann machen wir eben ohne euch weiter!

Kommen wir zu einem Lösungsvorschlag, den ich für Dilemma 1 bis 3 mitgebracht habe: Schaffen Sie aus dem Regionalen Begleitausschuss einen Strukturwandelfonds für die Zivilgesellschaft, wo Akteure aus der Ober- und Niederlausitz zusammenarbeiten

können; denn dort organisieren sie sich bereits, und als Beiratsmitglieder Themen setzen können, von denen sie wiederum lernen können, dezentral zu arbeiten. Sie könnten bereit sein, von den Akteuren zu lernen und deren Problemlösungsfähigkeiten einzubeziehen; denn das ist für die Gestaltung der Strukturwandelregionen aus Sicht der Menschen, die dort leben, wichtig. Diese Problemlösungsfähigkeiten vor Ort sind erstaunlich, und sie sollten unbedingt eingebunden werden, damit der Strukturwandel gelingen kann.

Gerade, daran will ich kurz erinnern, hat das Überlandfestival im Kühlhaus in Görlitz stattgefunden. Zehn Neulandgewinnerinnen und -gewinner aus Sachsen wurden nominiert und zwölf aus anderen Bundesländern gekürt. Neben Franziska Schubert waren der Staatsminister Oliver Schenk sowie Staatsminister und Ostdeutschlandbeauftragter der Bundesregierung, Carsten Schneider, vor Ort und konnten sich überzeugen: Die machen das schon!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. André Barth: Danke für Ihren Sachvortrag, Frau Dr. Gabler. – Als Nächstes Frau Daniela Kolbe. Mit dem ersten Wort beginnen die zehn Minuten. Bitte schön.

Daniela Kolbe: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die Einladung bedanken, dass auch die organisierte Arbeitnehmerschaft hier sprechen darf, da die Perspektive der Beschäftigten im Antrag doch recht unterbelichtet ist. Die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier stehen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel, sie sind mittendrin. Das sind zwei Regionen, die das schon einmal erlebt haben. Gemeint ist der Strukturbruch, der dort nach der Wiedervereinigung mit dem Verlust von zig Tausenden Industriearbeitsplätzen stattgefunden hat. Das ist etwas, das den Menschen in den Regionen tief in den Knochen steckt. Man spürt das bis heute.

Wenn man daraus lernen will, dann heißt das aus unserer Sicht, dass man einen erneuten Strukturbruch unbedingt verhindern muss. Es geht darum, hier einen Strukturwandel vorausschauend zu gestalten und dies als eine Aufgabe anzunehmen. Die Gewerkschaften haben das getan, und das ist ziemlich bemerkenswert; denn wir reden über Industriegewerkschaften, insbesondere die IGBCE, über das Angehen, das Organisieren, dass die eigenen, gut organisierten, bestens mitbestimmten Arbeitsplätze in möglichst ebenfalls gut tarifierte, aber neue Arbeitsplätze überführt werden. Es ist ein großes bemerkenswertes Risiko, das die Gewerkschaften eingegangen sind, als sie gesagt haben: Wir wollen diesen Strukturwandel gestalten. Wir setzen uns damit auseinander, dass wir aus der Braunkohleverstromung aussteigen werden.

Es gab die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, in der sich die Gewerkschaften aktiv beteiligt haben. Es ist ein bemerkenswerter demokratischer Prozess gewesen, in dem, anders als in dem Antrag, von einem politisch gewollten, ideologisch begründeten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung gesprochen wird. Genau das Gegenteil passiert. Die real existierenden Interessenskonflikte haben dort in real existierenden Menschen an einem Tisch gesessen und versucht, einen Weg zu finden. Dort saßen die Beschäftigten, die in der Braunkohle arbeiten. Dort saßen die Unternehmen, die aus der Braunkohleverstromung ihr Geschäft machen. Dort saßen die Menschen, die Angst haben, dass uns das Klima um die Ohren fliegt, der

Klimawandel uns alle bedroht. Dort saßen die Menschen, die Angst haben, dass ihr Dorf, ihre Heimat durch die Braunkohleverstromung verschwinden wird.

Aus unserer Sicht ist das, was in dieser Kohlekommission als Ergebnis herausgekommen ist, ein bemerkenswertes Ergebnis. Es ist einerseits das Bekenntnis, wir wollen die Klimakrise annehmen, wir wollen das Pariser Klimaschutzabkommen erfüllen, aber wir wollen gleichzeitig eine Zukunft für die betroffenen Reviere, und wir wollen eine Perspektive und einen Ausgleich für die Beschäftigten aus der Braunkohle. Es fließt viel Geld, 40 Milliarden Euro insgesamt, 14 Milliarden Euro in die Reviere. Das sind extrem viel Geld und eine gute Grundlage, einen Strukturwandel zu gestalten.

Wenn man sich einmal anschaut, welche anderen Regionen und Unternehmen von einem neuen Strukturwandel ohne solche Gelder betroffen sind: Das heißt, hier besteht eine riesengroße Chance, diesen Strukturwandel wirklich im Sinne der Region und der Beschäftigten zu gestalten. Das dürfen wir nicht versemeln. Ist insofern in diesem Prozess alles gut? Mitnichten ist hier alles gut. Bietet der Antrag, der hier vorliegt, dazu Lösungsansätze? Unseres Erachtens nicht. Er ist wenig konkret und an vielen Stellen merkwürdig; denn er atmet im Kern – ich habe es schon zitiert – den Geist, den Strukturwandel nicht zu wollen. Da ist die Grundentscheidung: Will ich Change by Design, also Wandel gestalten, oder will ich Change by Disaster, dass der Wandel einfach über uns kommt? Die lohnabhängig Beschäftigten können sich Change by Disaster nicht leisten. Deshalb müssen wir diesen Strukturwandel ordentlich gestalten.

Wo sehen wir in diesem Strukturwandel Verbesserungsbedarf? Im Bereich der Beteiligung, ja, aber wir sehen nicht nur ein Stimmrecht von Kammern, sondern auch ein Stimmrecht der organisierten Belegschaften. Wir wollen durchsetzen, dass das Geld in neue tarifgebundene, mitbestimmte Beschäftigung für die Leute geht, nicht nur in schönes Leben in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier, sondern auch in gute Arbeit vor Ort, dass die Menschen bleiben und neue kommen. Wir sehen keinen Grund darin, andere zivilgesellschaftliche Organisationen vom Stimmrecht auszuschließen. Warum? Spannend ist, dass die Staatsregierung in ihrer Stellungnahme darauf verweist, dass das Ganze in den Geschäftsordnungen der regionalen Begleitausschüsse geregelt sei. Ich finde, das ist ein Punkt, den man sich genau anschauen sollte, ob nicht doch der Mut besteht, die Gesellschaft vor Ort stärker im Sinne von mehr Beschäftigung, mehr Chance einzubringen.

Die vielen Menschen, die dort ehrenamtlich unterwegs sind, müssen unterstützt werden. Wenn sie sogar nur beratend unterwegs sind, brauchen sie eine Entschädigung für die Zeit, die sie aufwenden, für die Fahrtkosten, die entstehen, mehr Wertschätzung. Da ist viel Luft nach oben.

Wir haben ein Scoring in der Auswahl der Projekte. Das ermittelt die Staatsregierung für jedes eingereichte Projekt. In den Bewertungen und Entscheidungen der regionalen Begleitausschüsse hat dieses Scoring bisher null Effekt gehabt. Dann kann man es auch lassen. Entweder, wir nehmen dieses Scoring ernst, dann muss es aber auch entscheidend sein, gerne mit einer stärkeren Lenkung der Mittel in die Kernreviere, oder man lässt es bleiben. Wir sind dafür, das stärker einzubeziehen. Wir wünschen uns eine stärkere Einbeziehung des Know-how vor Ort. Brandenburg macht es mit einem Werkstattssystem vor. Das wünschen wir uns auch für Sachsen. Warum soll das nicht möglich sein?

Noch einmal: Wir brauchen mehr Anträge und mehr Geld für Anträge, die Wertschöpfung vor Ort organisieren, die gute, mitbestimmte, tarifgebundene Arbeit vor Ort ermöglichen. Ja, ich weiß, das Investitionsgesetz ermöglicht keine direkten Investitionen, aber es sind viele Ideen unterwegs. Bitte nicht das ganze Geld für schönes Leben in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier ausgeben und kein Geld, keine Ressourcen mehr für diese Projekte haben, die die Reviere voranbringen. Aber der Kern des Antrags scheint ein anderer zu sein. Es steht zwar drin, man solle den Kohleausstieg nicht vorziehen. Für mich liest es sich so, als solle der Kohleausstieg nicht passieren.

Wir sind in einer bemerkenswerten und krisenhaften Situation, die uns alle unter Druck setzt. Für das Revier in der Lausitz gesprochen: Eigentlich sucht die Bahn für ihr neues Bahnwerk Beschäftigte, aber die LEAG gibt sie einfach nicht her. Das war anders geplant, aber wir sind jetzt in einer Situation, die eine Ausnahme ist. Wir werden wirtschaftlich angegriffen. Uns wird der Gashahn zugekehrt, und das ist ein Problem, weil wir davon abhängig sind. Über die Reaktion wird viel gestritten.

Aus DGB-Sicht geht es darum, dass wir als Gesellschaft in dieser angegriffenen Situation solidarisch miteinander umgehen, zusammenstehen. Wir befürworten vieles, was im dritten Entlastungspaket der Bundesregierung beschlossen worden ist. Es muss zügig auf den Weg gebracht werden. Es muss ergänzt werden, beispielsweise über einen Industriestrompreis, der die Unternehmen entlasten würde, über einen Gaspreisdeckel, der die Mitte der Gesellschaft entlasten würde. Ich bin hier im Sächsischen Landtag, wir erwarten, dass auch die Sächsische Staatsregierung nicht nur nach Berlin zeigt, sondern ihre Hausaufgaben macht und alles tut, um die Sächsischen und Sachsen und die sächsischen Unternehmen zu stützen und zu unterstützen.

Für uns sind die Ergebnisse der Kohlekommission maßgeblich. Es geht um das Pariser Klimaschutzabkommen genauso wie um Energiesicherheit und Bezahlbarkeit. Das heißt, wir werden uns die Evaluationen genau anschauen und sehen, welche Auswirkungen sie auf das Ausstiegsdatum haben. Für uns steht darin 2038. Wir sagen aber auch: Es geht nicht nur um Bezahlbarkeit, Energiesicherheit, Klimaabkommen und Arbeitsplätze, es geht auch um die mittel- und langfristige Zukunft der sächsischen Wirtschaft.

Vors. André Barth: Frau Kolbe, noch eine Minute.

Daniela Kolbe: Wenn man sich anschaut, was für die Standortentscheidung von Unternehmen, Ansiedlungsentscheidungen derzeit entscheidend ist, dann sind das Fachkräfte und die Frage: Habt ihr ausreichend erneuerbare Energie, damit ich klimaneutral produzieren kann? Dann sehen wir: Ja, wir wollen weiterhin eine Energieregion Lausitz, aber die muss sich gewaltig verändern. Es geht um den Ausbau erneuerbarer Energien. Es geht um das Hochlaufen von Wasserstoff und Grundlastfähig machen von erneuerbaren Energien; denn grüner Wasserstoff ist nichts anderes, als gespeicherte erneuerbare Energie. Dann kann das mit den vielen Ressourcen, die wir hier bekommen, wenn wir sie klug nutzen, auch gelingen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich freue mich auf die Fragen.

Vors. André Barth: Danke, Frau Kolbe, für Ihren Sachvortrag. – Als Nächstes Prof. Dr. Lüdecke. Mit Ihrem ersten Wort beginnen die zehn Minuten.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke: Ich bedanke mich für die Einladung, und bitte Sie, mir zunächst ein Wort zum Begriff der AfD „Strukturwandel aufstellen oder begleiten“ zu gestatten. In einem Land mit Marktwirtschaft erfolgt fortschrittlicher Strukturwandel automatisch, weil sich die besten wirtschaftlichen Lösungen durch freien Wettbewerb durchsetzen. Die Regierung muss nur dann eingreifen, wenn dabei Sozialverträglichkeit, allgemeine Sicherheit oder Umweltschutz gefährdet sind. Im AfD-Antrag geht es weiter um die beiden Kernpunkte Kohlenutzung und Energiesicherheit. Nun, der von AfD-Antrag und der CDU-Replik auf diesen Antrag gleichermaßen ignorierte Elefant im Raum ist hierbei die Energiewende, die für alle Bundesländer und nicht nur für Sachsen eine gefährliche Bedrohung ihrer Energiesicherheit ist.

Langsam beginnen sogar die Medien zu begreifen, dass sich ein modernes Industrieland nicht mit dem versorgen lässt, was Sonne und Wind an Energie liefern, nämlich wetterabhängigem Flatterstrom. Ich zitiere dazu den bekannten Ökonom Prof. Hans-Werner Sinn aus dem Handelsblatt vom 29.03.2011: „Wer meint, mit alternativen Energien eine moderne Industriegesellschaft betreiben zu können, verweigert sich der Realität.“ Die Energiewende ist ökoideologische Planwirtschaft, freilich ohne jede Planung, ohne sorgfältige Abschätzung ihrer Folgekosten, ohne vorheriges Testen im kleinen Maßstab. Alle unabdingbaren modernen Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen für Großprojekte wurden ignoriert. Aber nicht nur dies und die angesprochene Wetterabhängigkeit von Wind- und Sonnenstrom, sondern primär die zu kleinen Leistungsdichten der neuen Energien machen das Scheitern der Energiewende nur noch zu einer Zeitfrage.

Der Ukrainekrieg hat es beschleunigt, aber keineswegs verursacht. Jedes Land mit konsequenter Planungswirtschaft endete im wirtschaftlichen Abgrund. Das erzählt uns bereits die Geschichte. Die Energiewende scheitert in Folge dreier fundamentaler Mängel, die allen Fachleuten bekannt sind und waren. Unzählige Male wurde von ihnen versucht, die Politik über ihre Energiewende-Irrtümer aufzuklären – vergebens. Nun geht es nur noch um Schadensbegrenzung und Umsteuern.

Die Fundamentalmängel von Strom aus Wind, Sonne und Energiemais in drei Punkten: erstens, ihre viel zu kleinen Leistungsdichten, zweitens, ihr unbrauchbarer Flatterstrom – Energiemais hier ausgenommen – und drittens die falsche Begründung Klimaschutz. Die ersten beiden Mängel sind naturgesetzlich, also unbehebbar. Zu geringe Leistungsdichte einer Stromerzeugungsmethode erzwingt extremen Flächen- und Materialverbrauch. Inzwischen zerstören über 30 000 Riesenwindräder, jedes von ungefähr 6 000 Tonnen Gesamtgewicht inklusive Bodensockel, unsere Landschaften und Wälder, nehmen kostbaren Platz für Landwirtschaft, Wohnen und Erholung weg, schädigen die Gesundheit von Anrainern mit Infraschall, zerschreddern Insekten und Vögel und reduzieren die Stabilität unserer Stromnetze mit jeder neuen Windmühle und jeder neuen Solarpaneele.

Insbesondere in Ländern mit schwachem Wind wie Sachsen bringen Windräder überhaupt nichts; denn die Windradleistung ist proportional zur dritten Potenz der Windgeschwindigkeit. Das gilt übrigens für alle Strömungsmaschinen. Das heißt im Klartext: Bei halber Windgeschwindigkeit bleiben nur noch 12 % Leistung übrig. Flatterstrom erfordert, um netzfähig zu werden, in schnellem Wechsel aufwendige

Redispatch- oder Abregelungsmaßnahmen. Dafür sind fossile Back-up-Kraftwerke oder sogar Kernkraftwerke unabdingbar. Da ideologiebedingt Kohle und Uran von Berlin unerwünscht sind, kam russisches Gas für Back-up-Kraftwerke zum Zuge. Damit kettete sich Deutschland an einen einzigen Lieferanten. Mit dem Ukrainekrieg wurde die Gaskrise unvermeidbar, die nun droht, im Winter eine Gas- und Stromkatastrophe zu werden.

Zum dritten Fundamentalmangel, nämlich der falschen Sachbegründung Klimaschutz, verweise ich aus Zeitgründen auf meine schriftliche Stellungnahme. Kurz dazu: Klima kann man nicht schützen. Es ist ein dreißigjähriger statistischer Mittelwert von Wetter, und es hat sich seit Bestehen der Erde schon immer geändert. Der Mensch kann das Klima nicht schützen.

Kurz konkret zum AfD-Antrag: Er ist zwar sachgerecht, nennt allerdings in zentralen Punkten wie 1 a „den Strukturwandel im Freistaat neu aufstellen“ sowie 2. „die Lausitz zukunftssicher und krisenfest aufstellen“ keine konkreten Handlungsdirektiven. Nachfolgend daher meine fachlichen Empfehlungen: Erstens: Ein sachgerechter Strukturwandel Sachsens muss die Energiewende komplett aufgeben und wieder den Weg einer wirtschaftlichen und naturschonenden Energieversorgung auf der Basis von modernen Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen für Großprojekte beschreiten. Die sächsische Braunkohle ist hier von zentraler Bedeutung und noch für Jahrzehnte unverzichtbar. Fachverstand und technische Vernunft müssen wieder Vorrang vor Ökoideologie und technologischen Luftschlössern wie zum Beispiel der Wasserstoffwirtschaft haben. Für die Kohleverbrennung darf es keinen Auslaufzeitpunkt geben.

Schwerpunkte müssen die Ertüchtigung älterer Kohlekraftwerke und der Bau neuer Kohlekraftwerke sein. Interessant sind zukünftig vielleicht auch IGCC-Kraftwerke, die die Kohle nicht verbrennen, sondern vergasen und problemlos CO<sub>2</sub> abschalten können. Sachsen sollte sich im Bundesrat für die Aufhebung des CCS-Verbots, also Carbon Capture and Storage, einsetzen. CO<sub>2</sub> wird dabei aus den Abgasen des Kohlekraftwerks abgeschieden, per Pipeline oder Schiff auf hohe See transportiert und dort sicher unter dem Seeboden verpresst. Das Verfahren wäre heute schon für alte Kohlekraftwerke wirtschaftlich, weil der EU-gesetzliche Preis pro Tonne CO<sub>2</sub>, den die Kraftwerke aktuell bezahlen müssen, die CCS-Kosten übersteigt. Es passiert aber nichts, weil in Folge der unsicheren Gesetzeslage die Kraftwerksbetreiber keine Planungssicherheit haben.

Generell wird Kohleverbrennung weltweit und nicht nur in Sachsen noch viele Jahrzehnte die verlässlichste, umweltschonendste und wirtschaftlichste Methode der Stromerzeugung bleiben. Erst lange danach wird Kohle durch Uran und Plutonium in Kernkraftwerken der Generation IV, das sind Brutreaktoren mit Brennstoffreichweiten von 100 Millionen Jahren und ohne Abfallprobleme, abgelöst. Kernkraftwerke der Generation IV laufen bereits über Jahrzehnte erfolgreich in Russland als BN-Typen, haben aber die wirtschaftliche Schwelle noch nicht überschritten.

Sachsen mit seinem PISA Spitzenplatz sollte zumindest bei der Erforschung der Generation IV-Kernkraftwerke wieder dabei sein. Es gibt bereits ein sächsisches Kernkraftwerkslehrstück. Der weltweite Trend zu Kernkraftwerken entspricht zudem der EU-Taxonomie, die die Kernenergie völlig zutreffend als nachhaltig einordnet.

Viertens: Zur Behebung des aktuellen Gasmangels sollte sich die Sächsische Staatsregierung im Bundesrat für die Aufhebung des Frackingverbots einsetzen. Deutschland hat förderbare Mengen an 50 Jahren Russland-Gas. Das haben Experten ermittelt. Das ist keine Erfindung. Fracking ist weltweit erprobt, umweltschonend und sicher. Import von Frackinggas bei gleichzeitigem Frackingverbot hierzulande ist absurd.

Vors. André Barth: Noch eine Minute.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke: Man darf auch einmal fragen, was aktuell nicht völlig und nicht auf Dauer gegen russisches Gas spricht, wenn Sanktionen weit mehr uns als Russland schaden.

Fünftens und letzter Punkt: Auch neue Energien haben in Sachsen ihren Platz, vorausgesetzt sie setzen sich im freien Wettbewerb ohne staatliche Subventionen durch, erfüllen alle Forderungen an Versorgungssicherheit, an technisch gerechter Stromeinspeisung und Naturschutz. Wind, Sonne und Energiemais gehören nicht dazu.

Ich danke Ihnen.

Vors. André Barth: Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Sachverständiger. – Als Nächstes Herr Lux. Die zehn Minuten beginnen mit Ihrem ersten Wort.

Volker Lux: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Sehr geehrte Zuhörer und Zuseher!

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Vielen Dank für die Gelegenheit, hier zu diesem Thema sprechen zu dürfen.

(Folie 2: Zahlen vorab)

Ich würde Ihnen kurz einen Hintergrund dazu geben, wer die Unternehmenseinheiten sind, für die ich beruflich tätig bin. Wir sprechen in Sachsen im Handwerk über 56 000 Betriebe. Wir bilden 14 000 Lehrlinge aus, insgesamt reden wir von 284 000 Beschäftigten. An der vorletzten Zeile können Sie unschwer erkennen, dass der Quotient Betriebe pro 1 000 Einwohner in Sachsen höher ist, als in Mitteldeutschland. Das heißt, Sachsens Handwerk hat in Sachsen eine höhere Bedeutung für die Wertschöpfung als in vielen anderen Gegenden Deutschlands.

(Folie 3)

Meiner sachkundigen Äußerung liegen keine Gremienbeschlüsse der Handwerkskammer oder anderer Handwerksorganisationen zugrunde. Ich möchte der Vollständigkeit halber auf die Bundestagsdrucksache 20/2735 verweisen und die Funktion von Kammern noch einmal kurz in Rede bringen.

(Folie 4: Ziele Bundesregierung)

Wenn man sich mit dem Thema beschäftigt, sollte man sich mit den Themen beschäftigen und nur über die Dinge sprechen, von denen man etwas versteht. Die



Bundesregierung hat mit dem Beschluss zum Kohleausstieg, mit der Schaffung der Rahmenbedingungen Ziele formuliert, an denen ich meinen kurzen sachkundigen Vortrag gliedern möchte.

Es ist das Ziel formuliert worden, in denen Kohleregionen neue Chancen für nachhaltiges Wirtschaften, für nachhaltige Wirtschaft mit hochwertiger Beschäftigung zu eröffnen. Ein zweites Ziel, das mit dem Kohleausstieg verbunden wird, ist das Thema, dass Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung für diesen Prozess notwendig sind, um die Dinge, die notwendig sind, in dem Zeitfenster abarbeiten zu können, das durch den politischen Rahmen vorgegeben worden ist.

(Folie 5: Zu Ziffer 1 b)

Ich möchte anhand der einzelnen Ziffern des Antrags meinen sachkundigen Bericht abgeben: Die Bereitschaft der sächsischen Handwerkskammern, sich im Prozess stärker einzubringen, besteht ohne Zweifel. Wir sind der Auffassung, dass die Akteure, die über wirtschaftlichen Sachverstand verfügen, genutzt werden sollten, um diesen Sachverstand in die Prozesse, um die Ziele zu erreichen, einbringen sollten. Die Kompetenzen der Kammern, insbesondere bei der Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes und des Investitionsgesetzes sollten genutzt werden. Ich möchte klar ein Stimmrecht für die Kammern in den Begleitausschüssen einfordern. Das besteht gegenwärtig nicht. Ein Aspekt, der uns in der täglichen Arbeit häufig begegnet, ist die Forderung, dass man dafür sorgen sollte, dass der Bund den rechtlichen Rahmen dafür setzt, dass direkte Unternehmensinvestitionen in den Revieren möglich werden müssen.

(Folie 6: Zu Ziffer 1 b)

Daneben glauben wir, dass der Fokus, wenn der Strukturwandel in der Frist bis 2038 gelingen soll, stärker auf die Begriffe „Wertschöpfung“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen“ gelegt werden muss. Bislang beobachten wir, dass weiche Standortfaktoren relativ intensiv zu den Fördergegenständen gehören. Man kann ohne Zweifel feststellen, dass die Ziele, die im Leitbild der Reviere relativ geringe Priorität haben, bislang aber mit einer relativ hohen Intensität gefördert werden.

(Folie 7: Zu Ziffer 1 b)

In den Handlungsempfehlungen des zuständigen Sächsischen Staatsministeriums – das ist die Broschüre, ich habe sie Ihnen einmal abgebildet, damit Sie wissen wovon ich spreche – ist eine Matrix für jedes Revier zu finden. Was uns mit Sorge umtreibt, ist – Sie werden es dort auf Seite 23 lesen –, dass in der Matrix für die Lausitz ein klarer Fokus auf Tourismus gelegt werden soll. Ich glaube, dass das mit dem Zielkorridor, den die Bundesregierung mit dem Kohleausstieg und dem Strukturwandel vor Augen hatte, nicht unmittelbar in Einklang steht, um das einmal sehr vorsichtig zu sagen. Für das Mitteldeutsche Revier – das finden Sie in der Matrix auf Seite 34 – ist dieser Fokus wirtschaftsnäher. Das lässt sich ohne Zweifel sagen.

(Folie 8: Zu Ziffer 1 b)

Wenn wir uns aus den Handlungsempfehlungen des SMR das Leitbild für die Lausitz ansehen, finden wir viele Begriffe, von denen ich der Auffassung bin, dass hier eine

Operationalisierung dringend erforderlich ist. Wenn ich das Ziel habe, ein zentraler Verflechtungsraum zu sein, dann ist es relativ unbestimmt. Auch das Ziel, eine Modellregion zu sein, lässt aus meiner Sicht die Bestimmtheit in hohem Maße vermissen. Daran muss man dringend arbeiten.

(Folie 9: Zu Ziffer 1 b)

Ich möchte Ihnen die Ziele aus dem Leitbild zum Mitteldeutschen Revier zeigen. Hier ist die Unbestimmtheit nicht so groß, aber auch hier, glaube ich, ist es für viele Akteure, die sich mit diesem Thema beschäftigen, sinnvoll, wenn man Ziele operationalisierbar macht und so formuliert, dass die Menschen, die sich in den Beteiligungsprozessen, die Frau Kolbe geschildert hat, einbringen wollen, wissen, was das konkrete Ziel ist und nicht von großen Begriffen totgeschlagen werden, die so abstrakt sind, dass vielen Beteiligten die Phantasie fehlt, was sich hinter diesen Begriffen verbergen könnte.

(Folie 10: Zu Ziffer 1 d)

Eine zentrale Forderung aus dem Handwerk beim Thema Kohleausstieg ist die fristenkongruente Umsetzung. Wir haben ein Gesetz. Wir haben einen öffentlich rechtlichen Vertrag. Darin steht ein Datum. Punkt. Alles andere erzeugt Planungsunsicherheit, Investitionsträgheit, Investitionszurückhaltung, die wir uns aus verschiedenen Gründen, auch aus Gründen von Arbeitsplatzsicherheit, nicht leisten können. Ich möchte es einmal bildlich auf den Punkt bringen: Wenn wir über 2030 sprechen, dann ist das vom Jahr 2022 an die halbe Zeit. Das heißt, wir müssen doppelt so schnell sein. Wir brauchen doppelt so viele Fachkräfte, und wir brauchen doppelt so viel Material. Nach meiner Einschätzung ist das gerade mit dem Handwerk als zentraler Partner für die Umsetzung von Maßnahmen zur Energiewende nicht möglich.

(Folie 10: Zu Ziffer 2)

Ich komme zur Ziffer 2: Wir glauben, dass die strukturellen Herausforderungen in der Lausitz deutlich höher sind als im Mitteldeutschen Revier. In der Lausitz hängen ungefähr 8 000 Arbeitsplätze direkt von der Braunkohle ab, 15 000 im Umfeld. In der Lausitz haben wir 9 100 Handwerksbetriebe mit rund 42 000 Männern und Frauen, die dort ihren Lebensunterhalt verdienen. Ich habe unter meine Folie 6 einen Verweis geschrieben, auf dem ich beschrieben habe, dass der Fokus auf dem Tourismus liegt. Bitte helfen Sie, hier umzusteuern. Das kann nicht die Zielfunktion unseres staatlichen und gemeinschaftlichen Handelns sein.

(Folie 12: Erfahrungen aus der Vergangenheit)

Erfahrungen aus der Vergangenheit sind eine Empfehlung, die auch zum Zielkorridor der Bundesregierung gehört. Die Beschleunigung von Planungsverfahren gehörte zur Zielfunktion der Bundesregierung im Zukunftsinvestitionsgesetz. Einige von Ihnen werden sich noch an das Jahr 2009 erinnern, als in Sachsen nach der Finanzkrise die VwV KommInfra2009 am 17. März 2009 beschlossen und in Kraft gesetzt wurde. Dort war es so, dass mit einer Verwaltungsvorschrift Vergabeverfahren beschleunigt wurden. Ich denke, wir brauchen dringend solche Instrumente auf sächsischer Ebene, um Tempo in das System zu bekommen. Wenn man sich Berichte des Sächsischen Rechnungshofs anschaut, die sich mit dieser damaligen Förderkulisse auseinandersetzen, sieht man zwei Dinge: Reguläre Förderprogramme wurden nicht

mehr so stark in Anspruch genommen, als ein Sonderförderprogramm bestand. Das hat damit zu tun, dass viele Projekte einfach über das neue Programm mit einem höheren Fördersatz finanziert worden sind und man von Mitnahmeeffekten sprechen kann. Das sollten wir hier vermeiden.

Wir sollten uns dringend mit dem Thema Bagatellgrenzen beschäftigen. Ich habe selber in Beteiligungsformaten Projekte gesehen, die aus meiner Sicht nice to have sind, aber aufgrund der geringen Höhe des Volumens mehr Verwaltungsaufwand produzieren, als tatsächlich Effekte in der Fläche ankommen. – So viel dazu.

Jetzt möchte ich gern noch zwei Sätze zur aktuellen Situation sagen: Ich bin der Auffassung, wenn wir die Energiewende wollen, wenn das gesellschaftlicher Konsens ist, wenn das ein Ziel ist, das wir gemeinsam verfolgen, dann spielt das Handwerk bei dieser Energiewende eine zentrale Rolle und das nicht nur in den Gewerken, Anlagen, Mechatroniker für Sanitär Heizung und Klima oder Elektroniker, sondern in sehr vielen Bau- und Ausbaugewerken. Wenn Sie möchten, dass das Handwerk auch dann, wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden sollen, noch da ist, dann muss in diesem Land alles angeworfen werden, was Strom produziert, sonst sind die Akteure, die wir für die Energiewende und den Strukturwandel brauchen, nicht mehr am Markt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Vielen Dank, Herr Lux. – Wir kommen zum nächsten Sachverständigen, Herrn Kristian Kirpal, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig. Herr Kirpal, Sie haben das Wort.

Kristian Kirpal: Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Gäste!

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Sie brauchen sich nicht zu wundern, die Änderungen in der alphabetischen Reihenfolge haben wir mit Herrn Lux abgestimmt, weil unsere Vorträge ein Stück weit darauf aufbauen. Auch das, was Sie gesagt haben, Frau Kolbe, baut darauf auf. Wenn wir über Energie- und Strukturwandel in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier reden, reden wir im Kern von wertschöpfenden Arbeitsplätzen, die zu schaffen sind.

(Folie 2)

Die Ziele, die für die Verwendung der Investitionsmittel laut Punkt II der Sächsischen Richtlinie im Investitionsgesetz verankert sind, sind wirtschaftsnahe Infrastruktur, Verkehr, Digitalisierung, Breitband, Mobilfunkinfrastruktur, Infrastruktur für Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildung.

Was bis dato passiert ist, spiegelt sich leider in dem, was verankert ist, nicht wieder. Wenn man sich diese Projekte von erweiterten Beherbergungsangeboten, Stadt-Umland-Projekt, Kindertageseinrichtungen, Sanierung einer Mädchenschule, Bowlingdschungel, Burgtürme anschaut, kann das so eigentlich nicht sein und schafft nicht die notwendigen Arbeitsplätze, die wir brauchen.

(Folie 3)

Die Infrastrukturprojekte müssen so adäquat zur Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen, dass Projekte, die bisher eingereicht wurden, deutlich unterrepräsentiert sind. Das heißt, wir brauchen Projekte, die im Strukturwandel mehr Akzeptanz schaffen, indem wertschöpfende Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb fordern wir als Industrie- und Handelskammer ein zügiges Umsteuern beim Management der Strukturentwicklung, zumal bereits ein Drittel der für das Deutsche Revier in Sachsen bis 2038 zur Verfügung stehenden Bundesmittel gebunden sind. Das Gesamtverfahren zur Strukturentwicklung, insbesondere hinsichtlich der Projektauswahl und räumlichen Begrenzung ist neu zu ordnen und aufzustellen.

(Folie 3)

Was heißt das? Die Strukturentwicklung im Mitteldeutschen Revier muss adäquat zielgenau mit dem klaren Fokus auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und wertschöpfenden Wirtschaftsstrukturen erfolgen. Bei der Vergabe der vom Bund bereitgestellten Finanzmittel sind Wirtschaftsansiedlungen sowie die Weiterentwicklung der Geschäftsmodelle der bestehenden Firmen und neuer Firmen in den Fokus zu nehmen. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang der koordinierte Auf- und Ausbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft und der dafür erforderlichen Infrastrukturen in Sachsen und Mitteldeutschland hervorzuheben.

(Folie 5)

Das Strukturstärkungsgesetz der Kohleregionen ist durch den Deutschen Bundestag in der laufenden Wahlperiode so zu ändern, dass auch Unternehmensinvestitionen in den Revieren gemäß Investitionsgesetz in förderfähig sind. Die Mittelvergabe ist an wirtschaftliche Standortfaktoren als messbaren Parametern auszurichten. Als Orientierungshilfe kann die Umfrage der Standortzufriedenheit in Mitteldeutschland dienen und stellt letztendlich das, was Herr Lux sagte, auf diese Matrix ab. Genau diese Kriterien sind hier einzubeziehen. Die vom Freistaat Sachsen definierten Fördergebiete dürfen nur die unmittelbar betroffenen sogenannten Kernreviere umfassen. Projekte, die außerhalb der Kernreviere liegen, dürfen nur förderfähig sein, wenn sie überregionale Strahlkraft besitzen.

(Folie 6)

Es ist mehrfach gesagt worden, dass in der Arbeit der regionalen Begleitausschüsse die eingereichten Projekte bewertet und bewilligt werden. Sie sind dahin gehend zu ändern, dass künftig alle Mitglieder ein Stimmrecht analog zu den Revierausschüssen des Landes Sachsen-Anhalt erhalten. Die Vertretung der Interessengruppen, die Wirtschaft, die Arbeitgeber, aber auch die Arbeitnehmer sind trotz zum Teil direkter Betroffenheit aktuell nur beratend tätig. Der Demission des Strukturwandels wird dies keinesfalls gerecht. Es bedarf hier also eines Stimmrechts.

(Folie 7)

Komplizierte Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse müssen entschlackt und drastisch verkürzt werden. Mindestens einmal ist eine Revierkonferenz für die Interessengruppen und die Bevölkerung zum Sachstand und zur ausführlichen

Vorstellung der priorisierten Projekte abzuhalten. Regelmäßige Informationen zum Genehmigungs-, Auszahlungs- und Umsetzungsstand müssen der Öffentlichkeit präsentiert werden.

(Folie 8)

Der derzeit geplante Kohleausstieg ist nicht vor 2038 durchzuführen. Die Bundesregierung darf nicht gesetzesbrüchig werden, und langwierig ausgehandelte Beschlüsse der Kohlekommission dürfen nicht unterlaufen werden. Die aktuelle und mittelfristige Energieversorgungslage lässt einen verfrühten Ausstieg schlicht nicht zu. Tagebau- und Kraftwerksbetreiber – wir haben es von der LEAG gehört – sowie energieverbrauchende Unternehmen brauchen die Planungssicherheit. Strukturwandelinvestitionen haben bis 2030 noch nicht die Effekte generiert, um die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen eines vorgezogenen Ausstiegs zu kompensieren. Herr Lux hat die Arbeitsplätze für die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier in Zahlen benannt. Wenn wir uns anschauen, wie lange heutzutage Genehmigungsverfahren dauern, schaffen wir es bis 2038 schon mit diesen Genehmigungsverfahren fast nicht.

(Folie 9)

Der Strukturwandel aus der Sicht der Unternehmen: Über das Investitionsgesetz besteht derzeit keine Möglichkeit, sich als interessierter, investitionswilliger Unternehmer direkt einzubringen. Das ist absurd, weil Unternehmen die zentralen Akteure dieses Strukturwandels sind. Sie sind die Träger der Wertschöpfung und Beschäftigung. Diese werden von dem Prozess ausgesperrt. Ein Beispiel ist ein Projektvorschlag eines Unternehmenskonsortiums aus der Region Leipzig zum intelligenten, kommunalen Wasserstoffnetz als ein Fundament für den Strukturwandel in der mitteldeutschen Region, der nach wie vor auf eine Umsetzung wartet. Es bleibt auch offen, ob die neuen Förderperioden der EU über die JTF, mit denen ein Großteil der Mittel für Sachsen mit 650 Millionen Euro zur Verfügung steht, für die KMU eingesetzt werden müssen. Es geht hier um unterschiedliche Fertigungscluster, Ausbau von anderen Strukturen, Energie- und Effizienztechnologien. Die Unternehmen müssen darüber informiert und zur Antragstellung animiert werden. Deshalb brauchen wir einen möglichst niedrighschwelligem Zugang.

Ich bedanke mich.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Schönen Dank, Herr Kirpal. – Wir kommen zum nächsten Sachverständigen, Herrn Dr. Cornelius Plaul, Referent Volkswirtschaft im imreg, Institut für Mittelstands- und Regionalentwicklung. Herr Dr. Plaul, Sie haben das Wort.

Dr. Cornelius Plaul: Vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen.

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Sie sehen es am Titel, Kohleausstieg und Strukturwandel sind nur zwei von vielen Herausforderungen, die die sächsische Wirtschaft in den nächsten Jahren erwarten wird.

(Folie 2: Wirtschaftsstruktur Sachsens:  $\sim\frac{3}{4}$  der Wertschöpfung & Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich)

Hier ist ein kurzer Überblick. Woher kommt die Wertschöpfung? Wo sind die Erwerbstätigen tätig? Sie sehen, ungefähr drei Viertel davon kommen aus dem gewerblichen Bereich. Gerade das verarbeitende Gewerbe ist dabei für Sachsen von zentraler Bedeutung. Ich möchte kurz die Relation zeigen, weil es bestimmte Branchen gibt, über die öffentlich viel gesprochen wird, beispielsweise die Softwarebranche, Mikroelektronik oder die Biotech.

(Folie 3: Aufmerksamkeit für bestimmte Branchen nicht immer im Verhältnis zu deren gesamtwirtschaftlicher Bedeutung)

Aber wir müssen trotzdem klarstellen und sagen: Im Gegensatz zur Industrie sind das immer noch kleine Branchen. Die Industrie ist sozusagen das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft. Das ist keine Abwertung der anderen Branchen, aber um klarzumachen, wie die Kräfteverhältnisse sind.

(Folie 4: Sachsens Industrie bei wirtschaftlichen Kennzahlen noch unter Bundesniveau)

Die sächsische Industrie leidet wie die ostdeutsche im Allgemeinen unter einer Reihe von strukturellen Defiziten, die, wie Sie alle wissen, historisch bedingt sind. Wir haben hier im Schnitt kleinere Betriebe, das heißt, sie haben in der Regel auch eine geringere Produktivität, können nicht so viel Löhne zahlen, der Exportanteil und die Forschungsintensität sind niedriger.

(Folie 5: Sächsische Industriebetriebe sind innerhalb ihrer Größenklasse ähnlich produktiv wie bundesweit, allein es fehlen die Großen)

Innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen kann man sagen, sind die sächsischen Betriebe durchaus wettbewerbsfähig. Sie sehen das hier beispielsweise auf der linken Seite anhand der Umsatzproduktivität. Aber der Knackpunkt ist: Wir haben schlichtweg von den großen Betrieben zu wenige. Das sind jene, die mit vielen anderen positiven Dingen aufwarten können, die wir immer anstreben, zum Beispiel die höhere Produktivität, die höheren Löhne oder höhere Tarifbindung, die politisch oft gewünscht ist. Das hat man vor allem in den großen Betrieben. Das heißt, das Ziel der Wirtschaftspolitik müsste sein, das Betriebsgrößenwachstum zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die das ermöglichen.

(Folie 6: Megatrends bedrohen deutsches & sächsisches Wirtschaftsmodell)

Die sächsische und die deutsche Wirtschaft sind von einer Reihe von großen Megatrends bedroht, den sogenannten fünf D, die hier Sie hier sehen. Es gibt welche davon, die mehr oder weniger natürlich gegeben sind. Gegen die kann man nicht viel tun, beispielsweise die Demografie ganz rechts. Aber es gibt welche, die durchaus politisch gesteuert werden. Dazu zählt der Bereich Dekarbonisierung, und hier der Bereich Strukturwandel in der Automobilindustrie oder der Braunkohleausstieg.

(Folie 7: Dekarbonisierung (1/3): Europa & Deutschland gehen international voran – ohne entsprechende Wettbewerbsvorteile bei Produktion)

Sie sehen das beispielsweise anhand der Zulassungszahlen beim Pkw-Markt in Deutschland, dieser rasante Bruch, den wir in den letzten Jahren erlebt haben. Auf der linken Seite sehen Sie, wie die Verbrenner-Antriebe stark zurückgedrängt wurden und dafür elektrifizierte Antriebe enorm angestiegen sind. Dabei wird oft suggeriert, dass es ein globales Phänomen ist und wir aufpassen müssen, den Anschluss nicht zu verlieren. Wenn man aber auf die Zulassungszahlen in den verschiedenen Ländern auf der Welt schaut, sieht man, es ist eher ein chinesisches und europäisches/westeuropäisches Phänomen. Die USA beispielsweise oder Japan setzen keinesfalls so stark auf Elektromobilität wie wir. Der Knackpunkt dabei ist, dass man dafür Technologien braucht, in denen Europa bislang nicht gerade führend war, wie beispielsweise Halbleiter- oder Batterietechnik.

(Folie 8: Dekarbonisierung (2/3): Beschäftigte in sächsischer Automotive-Industrie überwiegend in KMU und Zulieferern)

Für Sachsen ist das besonders vor dem Hintergrund kritisch, als dass die Automobilindustrie bei uns vor allem von kleinen und mittelständischen Zulieferern geprägt ist, die oftmals stark auf den Verbrenner ausgerichtet sind und wo das mehr oder weniger das einzige Geschäftsmodell ist und man nicht so ohne Weiteres umschalten kann. Das gilt es, auch zu bedenken, wobei gesagt werden muss, viele dieser Regelungen basieren auf Bundes- und EU-Ebene, da ist Sachsen ein Stück weit ausgeliefert.

(Folie 9: Dekarbonisierung (3/3): Hälfte der Industriearbeitsplätze in energieintensiven Branchen & hohe lokale Bedeutung der Braunkohle)

Ungefähr die Hälfte der Industriebeschäftigten in Sachsen arbeitet in energieintensiven Branchen. Gleichzeitig – wir haben gehört, das deckt sich in etwa mit den Zahlen, die Herr Lux präsentiert hat – haben wir eine herausragende Bedeutung der Braunkohleindustrie in den Kreisen in Sachsen, in denen sie vertreten ist. Das heißt, ungefähr jeder achte Industriearbeitsplatz und mehr als ein Viertel der Wertschöpfung hängen an der Braunkohle. Vor diesem Hintergrund halten wir es nicht für sinnvoll, einen früheren Braunkohleausstieg anzustreben.

(Folie 10: Staat versucht, Mangel an privater Forschung im Freistaat mit öffentlicher Forschung auszugleichen)

Es gibt die Idee, wie man den Strukturwandel in der Lausitz gestalten kann. Eine Möglichkeit wird darin gesehen, öffentliche Forschung und Entwicklung zu fördern. Sie sehen das in der Karte auf der rechten Seite. Das ist generell ein strategischer Ansatz, den viele ostdeutsche Bundesländer mangels privater Forschung und Entwicklung verfolgen.

(Folie 11: ...mit überschaubarem Erfolg)

Allerdings, muss man sagen, ist der Erfolg davon durchaus gemischt. Schauen wir beispielsweise einmal auf Sachsen und nehmen die Patentanmeldungen, die letztlich eine harte Währung dafür sind, wie Innovationen und Forschung in wertschöpfungsrelevante Tätigkeiten transferiert werden, dann sehen wir, dass das zum einen seit Jahren rückläufig ist, zum anderen ist Sachsen eines der Schlusslichter

bundesweit. Wir plädieren an der Stelle dafür, dass es die erste Aufgabe der sächsischen Politik ist, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, anstatt sich konkret auf Themen wie öffentliche Forschung und Entwicklung festzulegen.

(Folie 12: Infrastruktur: Weite Teile Sachsens haben keinen Zugang zum Schienenfernverkehr – 5G-Netz im ländlichen Raum noch lückig)

Sachsen hat in dem Bereich eine ganze Reihe von Aufgaben zu tun. Die Infrastruktur, stellvertretend die Erreichbarkeit des Schienenfernverkehrs, ist insbesondere in der Region Chemnitz, aber auch in der Lausitz katastrophal und nicht gerade günstig. Die Mobilfunkabdeckung ist sehr lückenhaft.

(Folie 13: Bildung: Sachsen droht, seine Spitzenstellung beim Bildungssystem zu verlieren)

Wir haben andererseits auch im Bildungsbereich Hausaufgaben zu machen. Sachsen hat sich lange durchaus zu Recht damit gerühmt, dass es im Bildungsmonitor immer Spitzenreiter war. Aber wir sehen, dass der Vorsprung bröckelt. Also Sachsen lässt hier sukzessive nach, und andere Länder holen sehr stark auf. Das gilt es zu beseitigen.

(Folie 14: Abgaben: Belastung durch hohe und weiter steigende Grund- und Gewerbesteuer muss umgekehrt werden)

Ein weiteres Thema, bei dem Sachsen Hebel in der Hand hält, ist die Belastung, die Unternehmen in Form von Grund- und Gewerbesteuer haben. Sie sehen, im Vergleich zu unseren Nachbarländern Bayern und Brandenburg hat Sachsen sehr hohe Hebesätze. Sie steigen immer weiter an, wie Sie auf der rechten Seite sehen können. Das ist unter anderem darin begründet, dass wir eine bestimmte Konstruktion im kommunalen Finanzausgleich haben, der Kommunen einen Anreiz gibt, immer höhere Hebesätze anzuwenden.

(Folie 15: Braunkohle wird in Zeiten gefährdeter Energieversorgungssicherheit zum Glücksfall)

Zu guter Letzt komme ich noch einmal auf das Thema Braunkohle zurück. Sie sehen, Deutschland kann ungefähr ein Viertel seines gesamten Energiebedarfs aus heimischen Quellen decken. Sachsen kann immerhin fast zwei Drittel seiner Energie aus heimischen Quellen decken, darunter ist die Braunkohle die tragende Säule mit mehr als der Hälfte der Kapazitäten. Das heißt, auch vor diesem Hintergrund möchte ich dazu aufrufen, dass der Kohleausstieg keinesfalls vorgezogen werden sollte; denn es ist wirklich eine große Gefährdung. Gerade in der aktuellen Situation sind wir heilfroh, dass wir diese heimische Energiequelle haben.

(Folie 16: Zusammenfassung)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Industrie ist die Basis für den sächsischen Wohlstand. Das Betriebsgrößenwachstum ist zu unterstützen. Das ist die vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik im Land. Dabei muss man seine Grenzen akzeptieren, beispielsweise bei der Elektromobilität. Aber man muss die Hebel, die man selber in der Hand hat, beherzt angehen. Das ist vor allem eine Stärkung der Rahmenbedingungen, das heißt, eine bessere Infrastruktur, ein leistungsfähiges Bildungssystem, eine solide



Fiskalpolitik und was damit einhergeht eine vertretbare und möglichst geringere Abgabenlast, als wir das bisher haben. Letztlich möchte ich noch einmal dafür plädieren, keinen Ausstieg vor dem Ausstieg vorzunehmen.

Vielen Dank.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Vielen Dank, Herr Dr. Plaul. – Wir haben als nächsten Experten Dr. Gerd Rojahn, Stadt-, Regional und Landesplaner. Herr Dr. Rojahn, Ihnen gehört das Wort.

Dr. Gerd Rojahn: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete und Gäste! Auch meinerseits herzlichen Dank, dass ich heute an dieser spannenden Diskussion zu einem extrem wichtigen Thema teilnehmen darf. Wenn man am Ende der Vortragendenliste ist, muss man feststellen, dass bereits eine Vielzahl von wichtigen Themen behandelt ist. Deshalb werde ich jetzt nicht meinen schriftlich vorliegenden Vortrag, der bereits von der Landtagsverwaltung eingestellt worden ist, noch einmal in Gänze vortragen. Zum Beispiel wurde zu dem letzten Punkt, den ich bei meinen Schlussfolgerungen habe, dass ein Realitätscheck bei der Energiewende durchgeführt werden müsste – wie gehen wir mit dem Braunkohleausstieg um – bereits von mehreren Sachverständigen ausführlich Stellung genommen. Das heißt, dazu brauche ich nicht noch einmal etwas zu sagen. Auch zu dem Punkt, den ich aufgeführt habe, wie mit der Beteiligung wichtiger Akteure bei den Entscheidungsprozessen umgegangen werden soll, ist schon einiges Wichtiges gesagt worden, was dort an Verbesserungen gemacht werden könnte.

Ich will vor dem Hintergrund dessen, was ich bisher in meiner Berufstätigkeit erlebt habe, auf den Punkt eingehen, wie man mit öffentlicher Förderung in Strukturwandelprozessen umgeht. Strukturwandel gesellschaftlicher Art oder auch im wirtschaftlichen Bereich ist eigentlich ein normaler, typischer Prozess, mit dem wir es immer wieder zu tun haben, im wirtschaftlichen Bereich hauptsächlich aufgrund von technischen Umbrüchen. Ich habe gedacht, dass der Einstieg mit der Digitalisierung der letzte große Umbruch sein würde, den ich erlebe. Wir haben selber tagtäglich damit zu tun, sei es mit Onlinehandel, irgendwelchen Verwaltungstätigkeiten, Steuererklärung, die man digital machen kann, mit künstlicher Intelligenz, die uns heute in vielen Bereichen begegnet. Auch bei den Leitbildern und den entsprechenden Maßnahmen, die bei den betroffenen Regionen im Raum stehen, ist das Stichwort Digitalisierung an einigen Stellen aufgetaucht.

Wir haben eine Vielzahl von Aufhängern, warum wir uns mit Strukturumbrüchen beschäftigen müssen. Es wird von öffentlicher Seite viel Geld dafür zur Verfügung gestellt, insbesondere dann, wenn Strukturumbrüche politisch verantwortet werden. Das ist hier schon deutlich gemacht worden. 1989 mit der Wiedervereinigung hatten wir einen gravierenden Struktureinbruch, der bereits mit vielen öffentlichen Mitteln unterstützt wurde. Auch darauf wurde hingewiesen.

Ich habe damals aufgrund einer Städtepartnerschaft zwischen einer nordrhein-westfälischen Gemeinde und einer sächsischen Gemeinde hautnah erlebt, was das hier vor Ort bedeutet hat. Ich habe es in Rheinland-Pfalz nach 1989 erlebt, welche Konsequenzen es in der militärischen Konversion gehabt hat. Rheinland-Pfalz war einmal, wie es hieß, der Militärflughafen der Amerikaner. Aber es waren nicht nur die großen Militärflughäfen, die das Land bestimmt haben. Es gab viele Wohnsiedlungen,

Depots, Munitionsdepots. Es gab auf einmal Tausende von Liegenschaften im Land, für die neue Nutzungen gefunden werden mussten. Bei diesem Umwandlungsprozess hat man gesehen, dass das keine Dinge sind, die von heute auf morgen passieren und dass man permanent nachjustieren muss.

Deshalb muss jetzt bei dem hier anstehenden Prozess des Strukturwandels, bei dem es um die Verteilung von extrem vielen öffentlichen Mitteln geht, die von Bundesseite, Landesseite und auf der kommunalen Seite aufgewandt werden, permanent geschaut werden: Wie gehen wir damit um? Welche Wege sind richtig, oder an welchen Stellen muss man sich noch einmal neu aufstellen? Wir haben es hier mit zwei unterschiedlich betroffenen Regionen zu tun, dem Lausitzer Revier und dem Mitteldeutschen Revier.

Die Ausgangssituationen sind, wie das in der Bewertung der Stärken-Schwächen-Analyse deutlich geworden ist, sehr unterschiedlich. Beim Lausitzer Revier haben wir es mit einer Region in Grenzlage und damit zusätzlichen anderen Problemen zu tun als beim Mitteldeutschen Revier. Man hat darauf hingewiesen, man hat nicht solche Vorteile, wie zum Beispiel an anderer Stelle. Es ist auf den Benelux-Effekt hingewiesen worden, dass man es dort vielleicht unter solchen Bedingungen leichter haben könnte. Ich kann Ihnen aufgrund meiner Erfahrung in Rheinland-Pfalz durch die regionale Zusammenarbeit mit Saarland, Lothringen, Luxemburg und dem deutschsprachigen Raum in Belgien sagen, es ist nicht einfacher, selbst wenn man mit sprachlich leichteren und Rahmenbedingungen dort arbeiten kann.

Die Zusammenarbeit über Bundesgrenzen oder erst recht über Landesgrenzen ist eine extrem schwierige Situation. Bei solchen hohen Zielvorstellungen, wie eine europäische Modellregion für den Strukturwandel sein zu wollen oder einen europäischen Verflechtungsraum mit Nachbarländern wie Polen und Tschechien gestalten zu wollen, hat man es mit extrem dicken Brettern zu tun. Bei den Handlungsfeldern, die angesprochen worden sind, muss man prüfen, was funktioniert, was funktioniert nicht, oder wie kann man neue Wege finden, auch in der Wirtschaftsförderung oder bei den weichen Fördermaßnahmen.

Die entscheidende Frage, die hier angetextet wurde, ist: Wie kann man die wegfallenden, gut bezahlten Industriearbeitsplätze durch andere ersetzen? Da ist die Wunschvorstellung, es sollten möglichst grüne, umweltfreundliche Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze sein. Ich muss Ihnen sagen: Das wollen in Deutschland alle haben. Ich verfolge das auch in Nordrhein-Westfalen, im Ruhrgebiet, wo wir seit Jahrzehnten einen Strukturwandel haben, der immer noch nicht abgeschlossen ist. Ich wohne selber dort an einem Standort, wo einmal ein Stahlwerk gestanden hat. Das ist seit 20 Jahren verschwunden. Die Nachfolgeansiedlung ist erst nach und nach gekommen. Deshalb muss man auch hier davon ausgehen, der Prozess ist ein langwieriger. Darum ist die Evaluierung, was funktioniert und was nicht, eminent wichtig.

Wenn bundesseitig der gesetzlich vorgesehene Schritt einer ersten Evaluierung ausgefallen und man das nicht angegangen ist, ist das ein gravierender Mangel. Darum ist die Forderung, dass hier in Sachsen eine erste Evaluierung im nächsten Jahr stattfindet, eine extrem wichtige und notwendige Aufgabe. Es ist notwendig, dass man sich frühzeitig damit befasst, welche Fragestellungen aufgegriffen werden sollen. Hier sollte möglicherweise oder notwendigerweise der Landtag die Möglichkeit haben, Hinweise zu geben, welche Punkte in dieser Evaluierung abgearbeitet und

aufgearbeitet werden sollen, um notwendige Schlussfolgerungen für die Zukunft treffen zu können.

Vielen Dank. Das Weitere für die Fragen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Schönen Dank, Herr Rojahn. Das war fast eine Punktlandung. – Wir kommen zum letzten Sachverständigen, aber der letzte nur in der Reihenfolge: Herr Prof. Dr. Jens Schneider, Professor für Vernetzte Energiesysteme an der HTWK in Leipzig. Herr Prof. Schneider, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Jens Schneider: Danke schön. – Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Ich möchte erst einmal darauf eingehen, warum ich denke, dass dieser Antrag an der falschen Stelle ist. In der aktuellen Situation den Kohleausstieg zu besprechen, ist eigentlich nicht das Zielführende, weil wir gerade andere Probleme haben. Ich möchte aber trotzdem etwas dazu sagen, wie ich denke, dass wir nachhaltig vorankommen.

(Folie 2: Krieg gegen die Ukraine)

Aus meiner Sicht es so: Wir haben gerade eine absolute Sondersituation. Wir alle wissen das. Wir haben den Krieg in der Ukraine und unter anderem damit einhergehend die explodierenden Energiepreise. Ich glaube, das Wichtige ist, dass dieser Krieg in der Ukraine beendet wird und dass wir wieder zu normalen Verhältnissen kommen können. Ich hoffe, dass wir irgendwann nach diesem Krieg perspektivisch mit Russland wieder in normale Verhältnisse kommen. Damit wird sich sicherlich die energetische Ausgangslage wieder ändern. Ich hoffe, dass das lange vor 2030 oder 2038 passiert, sodass das in der aktuellen Gemengelage ähnlich zu betrachten ist, wie sich das auf den Kohleausstieg bei uns auswirkt. Ich hoffe innig, dass das Thema lange vorher vorbei ist.

(Folie 3: Klimawandel)

Darüber hinaus, finde ich, ist der Klimawandel deutlich zu kurz gekommen. Den Klimawandel gibt es, und er ist deutlich messbar. Es ist weltweit, in Sachsen, in Deutschland offensichtlich, dass der Klimawandel fortschreitet. Wir haben das in diesem Jahr mit der Trockenheit, den Problemen in den Wäldern und auf den Feldern wieder deutlich gesehen. Wir müssen da ran, und deshalb ist es für mich so, dass an dem Kohleausstieg nicht zu rütteln ist.

(Folie 4: Leben im ländlichen Raum bspw. in der Lausitz)

Bei dem dritten Punkt habe ich mich intensiv damit beschäftigt, welche Auswirkungen der Braunkohleausstieg hat. Ich habe mir konkret das Mitteldeutsche Revier und das Lausitzer Revier angeschaut. In der Datenerfassung war es so, dass wir Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam in Zusammenarbeit mit der IHK Leipzig und der IHK in Halle betrachtet haben. Dabei wird klar: Diese Region ist eine Braunkohleregion, die stark auf günstige Energie baut und diese weiterhin braucht. Wir erzeugen mehr elektrische Energie, als wir selbst verbrauchen. Wir exportieren viel. Wir

tun auch viel für Deutschland insgesamt. Das baut auf diese günstige Energie auf, die wir in der Region haben.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, woher wir perspektivisch günstige Energie bekommen, wenn wir aus der Kohleverstromung aussteigen. Übrigens haben wir das Wärmethema nicht betrachtet, das kommt noch dazu und macht es noch komplizierter. Die Frage ist: Woher bekommen wir die günstige Energie, die wir für all diese Handwerksunternehmen oder alle anderen produzierenden Gewerbe in der Region benötigen? Welche Möglichkeit haben wir?

(Folie 5: Aktuelle Preisexplosion an den Energiemärkten für Strom und Gas)

Schauen wir uns an, wie sich die Preise entwickelt haben: Das ist die Kurve, wie sich die Preise für Strom und Gas in den letzten fünf Jahren entwickelt haben. Wir sehen die Explosion der Strom- und Gaspreise, die übrigens nicht erst mit Anfang des Jahres und dem Krieg in der Ukraine begonnen haben, sondern das war schon vor einem Jahr deutlich sichtbar. Die Preise gehen am Strom- und Gasmarkt nach oben und regelrecht durch die Decke.

(Folie 6: ...und Kohle und teilweise CO<sub>2</sub>)

Das trifft auch auf den Steinkohlemarkt weltweit zu, der ebenfalls steigende Kosten sieht. Bei der Braunkohle sieht man das nicht, weil die nicht am Weltmarkt gehandelt, sondern direkt vor Ort verstromt wird. Allerdings sehen wir einen CO<sub>2</sub>-Preisanstieg. Das hat tatsächlich auf die Braunkohle- und Steinkohleverstromung einen starken preissteigernden Einfluss.

(Folie 7: Stimmt die Preisexplosion für alle Energieträger?)

Da am Strommarkt alle zusammenkommen, sieht man es am deutlichsten. Wenn man sich anschaut: Wird denn alles teurer?

(Folie 8: Nein, erneuerbare Energien sind preisstabil)

Tatsächlich ist es so: Nein, dem ist nicht so. Wenn wir uns die Ausschreibungsergebnisse der Bundesnetzagentur für Windkraft- und Solaranlagen anschauen, sind die in den letzten Jahren brutal stabil geblieben. Das ist tatsächlich ein solider Energieträger, mit dem wir arbeiten können und der weiter günstige Energie in der Region zur Verfügung stellen kann.

(Folie 9: Potenziale in der Lausitz)

Gerade die Lausitz ist meiner Meinung nach dafür besonders gut geeignet, weil dort große Flächen zur Verfügung stehen, die wir für die Wind- und Solarenergie brauchen. Für mich ist beim Kohleausstieg die entscheidende Frage: Wie schaffen wir das, und wie ermöglichen wir, dass wir auf eine nachhaltige Art und Weise weiter günstige Energie bekommen?

Es ist leider im Rahmen der Strukturwandeldiskussion etwas untergegangen. Es gibt einen spannenden Beitrag im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums von 2018. Während die Kohlekommission getagt hat, gab es einen ausführlichen Bericht dazu, wie

wir in den Tagebauregionen dafür sorgen können, dass mit erneuerbaren Energien weiter Energie hergestellt wird. Es wurden zwar alle Tagebaureviere behandelt, aber der Fokus war insbesondere auf die Lausitz gelegt. Dort wurde besonders detailliert gearbeitet, weil die Chancen besonders groß sind. Das ist ein 450-seitiger Bericht. Ich rate Ihnen, sich den einmal anzuschauen, wenn Sie ihn nicht kennen. Ich finde ihn hervorragend bis auf die kommunaler Ebene herunter detailliert ausgearbeitet, wie die Potenziale aussehen. Dort wird abgeschätzt, dass in der Lausitz 1 000 Arbeitsplätze allein dadurch und 120 Millionen Euro regionale Wertschöpfung entstehen können.

Ich habe die Rechnung dazu selbst einmal gemacht. Mit den 18 000 Gigawattstunden, die dort jährlich erzeugt werden können, würde man bei 50 Euro pro Megawattstunde 900 Millionen Euro Umsatz pro Jahr in der Region generieren können. Ich glaube, das ist etwas, worüber wir uns unterhalten sollten, wie wir das nutzen und die Lausitz voranbringen können und auch, wie diese Mittel und die Umsätze in der Region bleiben und nicht irgendwo anders hin abfließen. Das sind wichtige Diskussionen, die geführt werden müssen. Damit sind wir nicht fertig, aber das sind die wichtigen Dinge, die nach vorne gedacht funktionieren sollen.

Auch die LEAG ist dabei, sich umzustellen und anzupassen. Bei uns in Leipzig ist es bei der MIBRAG genauso. Das sind die Themen, bei denen wir schauen müssen, wie wir die Genehmigungsverfahren beschleunigen, damit wir das hinbekommen. Dann können wir schauen, wo wir landen.

(Folie 10: Agriphotovoltaik – APV: Landwirtschaft und Energiewirtschaft zusammen denken)

Ich möchte noch ein Thema anreißen, um das konstruktiver und konkreter zu machen, mit dem ich mich selbst beschäftige. Ich habe gehört, dass Sie sich zeitnah damit beschäftigen. Das ist das Thema Agriphotovoltaik. Auch das ist eine Riesenchance. Es gibt die Möglichkeit, im ländlichen Raum die Landwirtschaft und die Energiewirtschaft gemeinsam zu denken und Lösungen zu erarbeiten, wie man eine Landwirtschaft und eine Solarwirtschaft verbinden kann. Man kann für die Landwirte zusätzliche Einnahmen generieren. Die Erzeugung solcher senkrecht stehenden bifacialen Solaranlagen ist vorteilhaft, weil die Energie morgens und nachmittags erzeugt wird, wo wir heute noch die größten Nachfragen haben.

(Folie 11: Synergien von APV mit Digitalisierung in der Landwirtschaft)

Man kann zusätzlich Synergien erzeugen. Man kann einen Sonnenschutz haben. Man kann einen Winderosionsschutz auf dem Feld haben. Aus dem, was ich als Energietechniker erarbeitet habe, kann ich Ihnen sagen: Wir brauchen unbedingt die Landwirtschaft dazu. Es wird uns nicht gelingen, dass die Energiewirtschaft das den Landwirten überhilft, sondern die Landwirte müssen das wollen und uns sagen, wie sie das handhaben. Dafür müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Wenn man es noch ein wenig moderner haben möchte, dann ist es so, dass auch hier das Thema Digitalisierung eine Rolle spielt. Ich glaube, wenn man lauter Solarwände auf das Feld stellt, ist das so eine Sache. Die großen Spritzen können nicht durchfahren. Aber ich glaube, es ermöglicht, weil es das Feld elektrifiziert, die Digitalisierung der Landwirtschaft. Es ist eine wichtige Sache für den ländlichen Raum, wo Arbeitskräfte teilweise knapp sind, dass man verschiedene autonome Geräte hat,

die die Feldarbeit teilweise übernehmen oder die eine individualisierte Vermessung des Feldes und eine bedarfsgerechte Landwirtschaft ermöglichen.

Es gibt Unternehmen und Forschungsprojekte hier im Land. Die TU Dresden ist da weit vorn, Fraunhofer IMW in Leipzig hat das Express-Projekt, und der E-Terry kommt von der Bauhaus-Uni in Weimar. Es gibt da viele Chancen.

(Folien 12 und 13: AgriPV und weitere Wertschöpfung als Chance für den ländlichen Raum)

Das ist ein Bild, das ich damals erstellt habe, als wir das Projekt angeschoben haben. So kann es dann irgendwie aussehen. Aber wir können gerne diskutieren, dass es anders aussehen kann. In solche Diskussionen würde ich gerne mit Ihnen kommen, dass man sagt: Wie sieht der ländliche Raum der Zukunft aus? Haben wir mehr Windkraft? Haben wir mehr Solarenergie? Haben wir dann autonome Roboter, die herumfahren, die Landwirtschaft übernehmen oder Drohnen fliegen, die die Felder vermessen, um optimale Erträge zu erzielen, oder Blühstreifen, die dazwischen aufgebaut werden können, um etwas für den Artenschutz zu tun?

Ich habe rechts daneben weitere Wertschöpfungsschritte gezeichnet. Durch die Elektrolyse entsteht vor Ort Wasserstoff, der zu Biomethan, zu Biomethanol weiterverarbeitet werden kann. Dadurch kann weitere Wertschöpfung auf dem Land passieren. Man kann dem ländlichen Raum, nicht nur der Lausitz, aber auch der Lausitz und anderen Regionen, strukturell dabei helfen, eine positive Zukunft zu haben und sich nachhaltig zu entwickeln.

Zurückkommend auf die drei Punkte am Anfang: Es ist so: Ich denke, dass erneuerbare Energien der richtige Weg sind, um unsere Unabhängigkeit zu stärken, damit wir weniger für solche Krisensituationen anfällig sind, wie wir sie gerade in der Ukraine sehen. Es ist viel besser für den wichtigen Klimaschutz und den Klimawandel, der uns schon lokal betrifft. Ich denke, es schafft die Chance, wenn wir das richtig machen und richtig und ernsthaft darüber diskutieren, wie wir den Wohlstand auch im ländlichen Raum halten, ist das der richtige Weg, um hier voranzukommen und einen erfolgreichen Strukturwandel zu gestalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Wir haben den Vortragsteil der Anhörung geschafft. Ich bedanke mich bei allen Experten, auch für die zeitliche Disziplin. Jetzt treten wir in die Befragung, in die Diskussion ein. Üblicherweise – und so handhaben wir das hier – bekommt die einreichende Fraktion das erste Wort. Das ist in dem Fall die AfD-Fraktion. Dann schaue ich einmal, wer sich meldet. – Herr Thumm, Sie haben das Wort.

Thomas Thumm, AfD: Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender. – Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken, dass wir ein breites Spektrum an Meinungen von den Experten abgedeckt bekommen haben. Die Vorträge waren sehr interessant. Herzlichen Dank dafür.

Es ist ein komplexes Thema, das haben wir von Ihnen gehört. Es wurden mehrere Bereiche angesprochen, deshalb würde ich gern den ersten Teil meiner Fragen auf den Bereich Technik fokussieren. Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Dr. Bennert und Herrn

Prof. Dr. Lüdecke, weil das Thema grüner Wasserstoff gefallen ist. Wasserstoff ist nicht so einfach als Stoff, als Medium in Bezug auf die Leistungsdichte. Das haben Sie erwähnt. Die Leistungsdichte spielt bei der Energie eine sehr große Rolle in Bezug auf Volumen und die Leistungsdichte zur Masse. Wie sehen Sie die Idee, zukünftig mit grünem Wasserstoff – ich sage einmal – diese Backupsicherheit herzustellen, die man heute mit Kohle oder noch mit Kernkraftwerken oder Gaskraftwerken macht? Sehen Sie überhaupt eine Möglichkeit, mit Wasserstoff die Backupsicherheit zu den erneuerbaren Energien in Form von Speichern zu gewährleisten? – Das wäre die erste Frage.

Darf ich die zweite gleich im Anschluss stellen, Herr Flemming?

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ja.

Thomas Thumm, AfD: Die zweite Frage ist die Energiesicherheit in diesem Winter. Es wird sehr viel von Blackouts gesprochen. Sie nannten auch die Möglichkeit von Brownouts, teilweise Abschaltung von Netzen. Wie schätzen Sie das ein, Herr Prof. Bennert, Herr Prof. Lüdecke? Stehen wir wirklich dieser Situation gegenüber, wie das die Medien in Teilen einschätzen, dass die Gefahr aufgrund der Stromversorgung, wie sie aktuell stattfindet, relativ hoch ist?

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Herr Thumm, Sie haben mit beiden Fragen zwei Experten angesprochen. Ich würde es wieder in der alphabetischen Reihenfolge machen. Herr Bennert bitte zuerst.

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Zunächst zum Thema Wasserstoff: Da haben wir eine ganz aktuelle Entwicklung. Er soll im Prinzip in Kanada produziert, dann transportiert werden. Dabei kommen schon die Nachteile dieses Energiespeichers deutlich zum Ausdruck. Er hat einen geringeren Energieinhalt pro Volumen. Die Tankschiffe, die zurzeit flüssiges Erdgas transportieren, reichen dafür nicht aus. Das müssen ganz andere sein. Außerdem sind hohe Forderungen an die Dichtigkeit der Materialien gestellt. Wasserstoff ist in der Lage, durch Metalle durchzudringen. Das muss in einer Weise durch Kunststoffe verstärkt werden, die sehr aufwendig ist.

Auf jeden Fall kann man das Ganze vielleicht so zusammenfassen: Technisch ist prinzipiell alles möglich, aber die Frage ist, wie wirtschaftlich das Ganze noch ist. Bei der Wasserstoffgewinnung bis zur Wiederverstromung gehen mehr als drei Viertel der Energie, die man hineingesteckt hat, verloren. Außerdem ist eine kontinuierliche Erzeugung des Wasserstoffs in den Anlagen nicht möglich, wenn man auf den Wind setzt. Das ist auch sehr effizienzmindernd. Ich denke, dass wir hier mit Kosten konfrontiert werden, die wir letzten Endes nicht schultern können.

Sie hatten noch eine zweite Frage gestellt. Wollen Sie diese noch einmal präzisieren?

Thomas Thumm, AfD: Die Präzision geht dahin, dass mittlerweile selbst in den öffentlich-rechtlichen Medien von der Gefahr von Blackouts – Sie nannten auch die Möglichkeit von Brownouts – gesprochen wird. Für wie wahrscheinlich halten Sie das für diesen Winter unter den Bedingungen, wie momentan in Deutschland Energie erzeugt wird? Besteht die Gefahr, dass es flächendeckende Blackouts oder Brownouts gibt? Wie sehen Sie das? Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Diese Frage wird oftmals in der Weise gestellt, dass man wissen möchte, wann ein solcher Blackout kommt. Unser elektrisches Stromsystem ist außerordentlich komplex, und komplexe Systeme können durchaus zu einem plötzlichen Versagen neigen. Aber der Zeitpunkt ist kaum vorhersehbar. Ein Beispiel wäre das Finanzsystem. Die Finanzkrise hat auch niemand zeitlich vorausschauen können. Nur, wir erkennen, dass sich die Randbedingungen für ein solches Versagen in dramatischer Weise immer weiterentwickeln und die Wahrscheinlichkeit eines solchen Versagens des Stromsystems erhöhen.

Wenn er kommt, dann hochwahrscheinlich im Winter, wenn unser Stromverbrauch, unser Bedarf maximal ist. Wenn alle Anlagen soweit wie möglich ausgelastet sind, genügt die Überlagerung zweier Fehler in gleicher Weise im europäischen Netz, um ein solches Ereignis auszulösen. Ich denke, inzwischen ist die Wahrscheinlichkeit so hoch, dass jeder einzelne – das sagt auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – bereits Vorkehrungen gegen eine solche Situation treffen sollte, wobei die Möglichkeit für solche Vorkehrungen bei den einzelnen außerordentlich begrenzt sind.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Vielen Dank, Herr Prof. Bennert. – Herr Prof. Lüdecke, bitte.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke: Zum ersten Punkt: Ich kann meinem Vorredner nur zustimmen. Nur noch eine kurze Bemerkung: Wasserstoff ist kein Stoff, der gefördert wird. Er muss erst einmal hergestellt werden. Bei der Herstellung von Wasserstoff sind die Verluste fast 80 %, also 80 % sind in Form von Wärme erst einmal weg, Hydrolyse, Transport usw. – Das ist das eine.

Das Zweite ist der Preis, das wurde schon gesagt. Sie können viel machen. Sie können die gesamte Elektrizität Deutschlands mit Hamstern in Laufrädern erzeugen. Das würde theoretisch auch gehen. Überlegen Sie einmal, was das bedeuten würde. Wasserstoff ist eines der vielen Narrative, die immer wieder hochkommen. Es ist nicht sinnvoll, sich darauf einzulassen. – Das ist meine Auffassung allein aus wirtschaftlichen Gründen.

Die zweite Frage ist etwas interessanter. Soweit ich Sie verstanden habe – Sie haben sehr undeutlich gesprochen – geht es um die Stabilität unseres Stromnetzes. Es ist so: Die erneuerbaren Energien, wie sie so schön heißen, Wind und Sonne, liefern Flatterstrom. Wir haben nun einmal ein Wechselstromnetz. Das heißt, dieser Strom ist zunächst einmal zur Einspeisung völlig ungeeignet. – Nummer 1. Es muss also dafür gesorgt werden, dass das Ganze glatt wird. Wie macht man das?

Man muss zunächst einmal schauen, welche Störungen es gibt. Das sind zum Beispiel langfristige Schwankungen von Wind und Sonne. Nachts gibt es keine Sonne, da gibt es auch keinen Windstrom. Das kann man machen. Da gibt es inzwischen Regelungsmaßnahmen per Hand. Da werden Ausgleichskraftwerke – Kohle, Öl – zugeschaltet. Das ist teuer und aufwendig, aber es geht.

Die zweite Stufe sind etwas kurzfristige Störungen. Das geht auch noch. Das wird zum Teil halbautomatisch gemacht, und kann auch per Hand gemacht werden. Diese ganze Geschichte ist inzwischen sehr aufwendig geworden. Die Achillesverse sind kurzfristige Störungen im Sekundenbereich und darunter. Nehmen wir einmal einen Blitzschlag, der einen großen Umspanntrafo kaputt macht. Das ist eine Sache, die in



einer halben Sekunde stattfindet. Oder irgendwo fällt eine Hochspannungsleitung zwischen Spanien und Frankreich um, weil Terroristen dort etwas gebollert haben. Was macht man da? Man kann überhaupt nichts mehr machen. Das ist der Witz.

Warum hat es denn früher funktioniert? Ganz einfach: Früher hatten wir Grundlastkraftwerke, Kohle und Uran. Diese Grundlastkraftwerke, Gas- und Dampfkraftwerke, haben riesenlange Turbinenwellen, viele hunderttausend Tonnen schwer, Turbinenschaufeln. Da wird die Drehenergie, die kinetische Energie dieser Grundlastkraftwerke ausgenutzt. Die bügeln solche kurzen, hochgefährlichen, die wirklich gefährlichen und Blackout erzeugenden Ereignisse einfach weg. Jetzt kommt die entscheidende Frage: Kann man die Grundlastkraftwerke ganz abschalten? Die Antwort lautet: Nein.

Es gibt zwei Untersuchungen dazu, wie viele Grundlastkraftwerke wir überhaupt noch brauchen, damit ein Blackout ausgeschlossen werden kann. Diese Frage ist zum ersten Mal von einer Gemeinschaft der Stromversorger, TenneT usw., untersucht worden. Sie kamen ungefähr auf 30 %. Dann gibt es andere, man kann es nicht so genau sagen, wie hoch der Prozentsatz sein muss, aber er liegt zwischen 30 und 40 %. Das heißt mit anderen Worten im Klartext: Ohne 30 bis 40 % Kohle, Gas und Uran geht es nicht. Das müssen auch GRÜNE irgendwann einmal einsehen. Es geht aus reich technischen Gründen einfach nicht. Das kann man nicht ausgleichen. – Das war meine Antwort darauf.

Prof. Dr. Jens Schneider: Entschuldigung, darf man dazu etwas ergänzen? – Ich denke, mit der Professur, mit dem Lehrstuhl für Vernetzte Energiesysteme, kann ich vielleicht auch etwas dazu beitragen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Dann erteile ich Ihnen das Wort, Herr Prof. Schneider.

Prof. Dr. Jens Schneider: Danke schön. – Zur Frage nach dem Wasserstoff: Ich denke, das wird ein wichtiger Baustein sein. Es wird nicht die alleinige Lösung für die Versorgungssicherheit sein. Ich denke, wir brauchen auf jeden Fall viele verschiedene Maßnahmen. Wo der Wasserstoff herkommt, ob aus Kanada oder bei uns erzeugt, werden wir sehen. Meiner Meinung nach ist der Wasserstoff besonders wichtig für die Industrie. Wir haben sonst verschiedene Flexibilisierungsmaßnahmen, die helfen müssen.

Wir brauchen weiter unsere Pumpspeicherkraftwerke, wir brauchen Batterien, wir brauchen auch Speicher in anderen Sektoren, in der Mobilität, in der Elektromobilität. Wir brauchen die Wärmespeicher über Wärmepumpen. Ich denke, dass wir damit schauen müssen, dass wir ein stabiles Energiesystem hinbekommen. Das ist eine komplexe Aufgabe, aber die Sektorkopplung ist da ein Thema, das uns sehr helfen wird und mit dem wir die Probleme in den Griff bekommen. Die Lösungen gibt es, an ihnen wird weiter gearbeitet, und das muss weiter befördert werden.

Die Frage nach dem Stromausfall, dem Blackout, ist schwer zu beantworten. Die aktuelle Situation mit den Lieferengpässen beim Gas hat das sicherlich nicht leichter gemacht, und ich drücke uns allen die Daumen, dass wir das hinbekommen. Aber daran wird fleißig gearbeitet. Es ist nicht so, dass das zwingend passieren muss, und wenn, dann liegt das nicht an der Energiewende, sondern an der aktuellen Situation mit dem Gas.

Danke schön,

Stellv. Vors. Ingo Flemming: So weit die Ergänzung von Herrn Prof. Schneider. – Jetzt wäre die CDU-Fraktion an der Reihe. Herr Fritzsche hat sich gemeldet. Bitte.

Oliver Fritzsche, CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Auch vonseiten der CDU-Fraktion Ihnen allen vielen Dank für Ihre Expertise. Ich habe zwei Fragen. Die erste geht an Herrn Dirschauer zum Thema Braunkohlekraftwerke. Aus meiner Sicht ist es das eine, ein Braunkohlekraftwerk gegebenenfalls in einer Art Sicherheitsreserve zu halten. Ich wollte Sie fragen, ob Sie etwas zum Thema Planungsvorlauf mit Blick auf den Bereich Tagebau, also Versorgung dieser Kraftwerke, sagen können, über welche Zeiträume wir da sprechen, auch mit Blick auf notwendiges Wassermanagement oder Landschaftsgestaltung. Können Sie uns dazu einen kurzen Einblick geben?

Die zweite Frage ist vielleicht etwas provokant und geht an Herrn Lux und Herrn Kirpal. Frau Kolbe hat darauf hingewiesen, dass es eine steigende Nachfrage aus dem Bereich Unternehmen, Industrie sage ich einmal, nach grünem Strom gibt. Mich würde interessieren, wie Sie diese Diskussion im Bereich Ihrer Mitgliedsunternehmen wahrnehmen, sowohl im Bereich Handwerk als auch im Bereich IHK, wie intensiv diese Diskussion nach der Notwendigkeit für zukünftige Produktionsprozesse geführt wird, ausschließlich grünen Strom einzusetzen.

Vielen Dank.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich gebe die Diskussion in dieser Reihenfolge frei. Herr Dirschauer war als erstes gefragt.

Wolfgang Dirschauer: Vielen Dank, Herr Fritzsche. – Der Planungsvorlauf für Reservekraftwerke: Ich denke, Sie meinen die Rückwirkung auf unsere Tagebaue für Kraftwerke, die aus der Reservestellung heraus müssten. Unsere Tagebauplanung – ich hatte das gesagt – orientiert sich eins zu eins an den gesetzlichen Vorgaben. Das wird auf die Braunkohlepläne der Länder herunterdekliniert, auf alle Ebenen der Genehmigung, auf die Rahmenbetriebspläne der Tagebaue.

Dass wir jetzt – nicht hier in Sachsen, sondern in Brandenburg – möglicherweise ab 01.10. von der Bundesregierung gebeten werden, mit zwei 500 MW-Blöcken wieder ans Netz zu gehen, hat einen ganzen Berg an Konsequenzen. Wir werden mehr Kohle dafür brauchen, wir werden mehr Wasserhebung dafür brauchen, wir werden auch Sondergenehmigungen im Umweltbereich brauchen, weil Kraftwerke in der Reserve nicht für zig Millionen nachgerüstet wurden; übrigens zig Millionen, die der Netzkunde hätte zahlen müssen, weil diese Kraftwerke vom Netzbetreiber in der Reserve gehalten und wir für die Aufwendungen entschädigt werden. Natürlich wird ein Kraftwerk, das vielleicht für fünf oder zehn Tage geplant war, nicht für 40, 50 Millionen Euro für irgendwelche Umweltauflagen nachgerüstet, die es vor drei Jahren nicht gab, die übrigens auch recht strittig sind.

Der entscheidende Punkt ist: Wir werden keinen Engpass haben, was die Kohle in der Frage der Planung angeht. Aber was nicht sein kann, ist, dass die Bundesregierung Rahmen für einen Wiederbetrieb setzt, die wir als Unternehmen zusammen mit den Genehmigungsbehörden der Länder nur sehr schwer ausfüllen können. Wir hatten –

und wir sind den Ländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sehr dankbar, dass sie das schriftlich gegenüber der Bundesregierung dokumentiert haben – die Bundesregierung nachdrücklich gebeten, dass sie den Genehmigungsbehörden der Länder Entlastung bei der Frage der notwendigen Ausnahmegenehmigungen gibt. Es geht hier um das Bundesimmissionsschutzgesetz. Das hat die Bundesregierung leider nicht gemacht.

Wir haben die Bundesregierung auch gebeten, dass sie uns mehr Planungsvorlauf und Rechtssicherheit in der Frage des Aufrufs dieser Kraftwerke gibt. Wir haben in der Reserve einen Zehntagesvorlauf. Wir müssen jetzt zum 1. Oktober bereit sein, binnen zehn Tagen für eine unbestimmte Zeit ans Netz gehen zu können – unbestimmte Zeit bis April 2024. Jeder, der versucht, ein Unternehmen sinnvoll zu planen, empfindet das als unbefriedigend. Wenn Sie fragen, ob wir das schaffen werden, kann ich nur antworten: Wir werden das Beste tun, dass wir es schaffen. Das würden wir auch machen, wenn die Lage nicht so dramatisch wäre, wie sie ist, aber natürlich wird es an uns nicht scheitern. Ich bin mir sicher, dass die Genehmigungsbehörden der Länder ihr Bestmögliches tun, dass wir es gemeinsam schaffen. Wir sind da in einer gemeinsamen Verantwortung. Aber wir fühlen uns nicht von allen Teilen der Bundespolitik hinreichend unterstützt. Ich habe auch die Intervention der Länder so wahrgenommen, dass denen das ebenso geht.

Erlauben Sie mir vielleicht noch einen Hinweis: Ich möchte Herrn Prof. Lüdecke ausdrücklich zustimmen. Es gibt heute keine technische Alternative zu den großen rotierenden Massen in den großen konventionellen Kraftwerken. Ich erlaube mir, die großen konventionellen Kraftwerkseinheiten einmal nicht "fossile" zu nennen. Eine große Gasanlage, die mit Biogas betrieben wird, ist eine konventionelle Anlage. „Fossil“ ist der falsche Begriff. Das sind große konventionelle Kraftwerke mit rotierenden Massen. Die brauchen wir für die Netzstabilisierung.

Es wird an technischen Möglichkeiten gearbeitet, das ist völlig richtig, Herr Prof. Schneider, das zu ersetzen. Aber die haben wir nicht. Heute haben wir sie noch nicht. Wir haben heute auch keine Gasturbinen, die 100 % H<sub>2</sub> verstromen können, also Wasserstoff. Wenn jetzt jemand von Siemens hier wäre, würde ich gerne eine Unterschrift haben, dass sie das können. Bei unseren Gesprächen mit den Herstellern bekommen wir maximal 75 % zugesichert. Wer jetzt sagt, er erlaubt nur noch Kraftwerke mit 100 % Wasserstoff, der verbietet sie, um das einmal deutlich zu sagen. Wir sind da noch nicht.

Herr Prof. Schwarz von der BTU Cottbus hat das einmal schön verglichen. Unsere Energiewende ist wie eine Reisegruppe, die aus dem Flugzeug abspringt und sich während des Absprungs überlegt, wie sie den Fallschirm näht.

Danke.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Wir hatten die beiden Experten, Herrn Lux und Herrn Kirpal, für die zweite Frage. Ich weiß jetzt nicht, in welcher Reihenfolge.

Kristian Kirpal: Sie haben die Frage mehr oder weniger so formuliert, ob aus der Industrie oder im Dienstleistungsbereich heraus grüner Strom gefordert wird. Ich würde es nicht nur auf grünen Strom beziehen, sondern auch auf das Thema Wasserstoff. Konkret kann ich Ihnen sagen, dass die Erwartungen dort sehr hoch sind, dass

leitungsgebunden Wasserstoff beginnend ab nächstem Jahr geliefert wird. Diese Infrastruktur gibt es noch nicht. Dort sind die notwendigen Voraussetzungen im Strukturwandel noch nicht geschaffen worden. Die Möglichkeiten hätte es gegeben, es gibt momentan aktiv Bemühungen, über IPCEI-Programme dieses Thema zu lösen.

Aber ganz konkret: Die Industriebetriebe fordern dieses ein. Es gibt keine gravierenden Schwierigkeiten, das leitungsgebunden zu tun. Die entsprechenden Forschungen der Verteilnetzbetreiber sind dazu auf einem guten Weg. Das hat Auswirkungen auf die gesamte Kette der Zulieferer und Dienstleister, weil die Unternehmen im internationalen Vergleich heutzutage Nachhaltigkeitszertifizierungen nachweisen müssen. Wenn Sie zum Beispiel ein Auto nehmen, entsteht der eigentliche CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu 20 bis 30 % beim Hersteller und zu 70 bis 80 % bei den Zulieferern und Dienstleistern.

Das hat von den Herstellern Auswirkungen auf die Zulieferer und Dienstleister, wo diese Nachhaltigkeitszertifizierungen eingefordert werden. Dort besteht ganz klar die Anforderung der Industrie und Dienstleister, grünen Strom und Wasserstoff zu liefern.

Volker Lux: Auf Ihre Frage, ob grüner Strom im Handwerk nachgefragt wird, so kann man die Frage verknappen: Ja, der wird nachgefragt, weil Betriebe nachhaltige Unternehmensführung in den Blick nehmen oder sich beim Thema Klimaneutralität bewegen wollen und innerhalb der Klimabilanzgrenzen freuen, wenn sie grünen Strom nehmen, dann müssen sie nicht so viel anderes Zeug machen.

Ich gebe einmal eine Prognose ab: Wenn ich morgen Handwerksbetriebe frage, ist euch grüner Strom wichtig, dann bekomme ich die Antwort: Wir haben jetzt gerade eine andere Priorität. Wir wollen überhaupt Strom haben, wir wollen Preissicherheit, wir wollen Versorgungssicherheit, und ich glaube, dass im Moment in dieser Krise den Handwerkern völlig wurscht ist, welche Farbe ihr Strom hat.

Danke.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Schönen Dank. – Die Fragen sind beantwortet. Als Nächstes ist die Fraktion DIE LINKE am Zuge, und Frau Mertsching hat sich gemeldet.

Antonia Mertsching, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank an die Sachverständigen seitens der Linksfraktion für die Expertise. Ich habe zunächst zwei Fragen an Herrn Schneider. Die AfD begründet in ihrem Antrag, damit eine krisenfeste und zukunftssichere Perspektive für die Kohleregionen geschaffen werden kann, müssten wir den Kohleausstieg aussetzen. Doch vermutlich ist eher das Gegenteil der Fall. Können Sie uns kurz erläutern, welche Gefahren Sie für die Kohleregionen sehen, sollte der Kohleausstieg verschoben werden?

Meine zweite Frage wäre: In Deutschland gibt es wie in vielen anderen Ländern ein gravierendes Stadt-Land-Gefälle. Es wird oft betont, dass die erneuerbaren Energien gerade hier eine Chance sein könnten. Wie können Ihrer Meinung nach erneuerbare Energien dazu beitragen, nicht nur das Klima zu schützen, sondern auch gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land zu schaffen?

Vielen Dank.

Prof. Dr. Jens Schneider: Ich sehe für die Region selber keine Gefahr durch ein Aussetzen des Kohleausstiegs. Es ist aber tatsächlich so, dass eine große Chance darin bestehen würde, Alternativen zu schaffen. Das ist meiner Meinung nach, wie ich aufgezeigt habe, eine große Möglichkeit, wenn man dort eine Umstellung auf erneuerbare Energien schafft und das den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen lässt. Dann ist das eine große Chance, gerade für die Tagebauregionen, die entsprechende Flächen haben, wo man verschiedene Projekte umsetzen kann. Ich denke, man kann dort auch innovativ werden und auf diesen Flächen neue Wege gehen.

Ich glaube, es ist besonders wichtig, dass es generell, nicht nur in den Tagebauregionen, eine Partnerschaft zwischen dem ländlichen Raum und den Städten gibt, weil wir für die Energiewende generell Flächen brauchen, und diese Flächen gibt es in den Städten nicht. Das heißt, auch darüber sollte man diskutieren, wie man das sozial verträglich gestaltet. Aus meiner Sicht ist es so, dass damit sogar einer Urbanisierung entgegenwirkt werden kann. Wenn die Städte im ländlichen Raum Projekte finanzieren und dort Gelder bleiben, erhöht das vielleicht die Chance, dass die Urbanisierung nicht so stark weiter voranschreitet, dass die Leute auch im ländlichen Raum ein lebenswertes Auskommen haben und gern dort bleiben, weil es auch Vorzüge hat, und nicht alle in die Stadt ziehen müssen.

Ich glaube, die Chancen, die wir haben, wenn wir das ordentlich angehen, dass wir den ländlichen Raum dadurch stärken, dass dort Umsatz gemacht und Geld verdient werden kann und diese Mittel den Leuten zugutekommen, ist am Ende sogar die Chance einer Mietpreisbremse in den Städten, weil nicht alle Leute in die Stadt ziehen wollen. Ich glaube, so kann man, wenn man das richtig plant, einen sozial verträglichen Ausgleich zwischen dem Wohlstand im ländlichen Raum und erschwinglichen Lebensverhältnissen in den Städten haben.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Frau Mertsching, sind damit beide Fragen beantwortet? – Gut. Dann bedanke ich mich. – Als Nächstes ist die Fraktion BÜNDNISGRÜNE an der Reihe, und das wäre die Kollegin Kummer, die das Wort hat.

Ines Kummer, BÜNDNISGRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Auch vonseiten der BÜNDNISGRÜNEN-Fraktion vielen Dank für Ihre Expertise zu diesem sehr komplexen Thema. Meine Fragestellung richtet sich an Herrn Kirpal und Herrn Lux. Es ist ein Thema, das wir noch nicht besprochen haben, wahrscheinlich weil wir die Zeit nicht haben. Das ist die Frage der Fachkräftesicherung. Das ist ein ganz zentrales Thema für das Gelingen des Strukturwandels in den Revieren. Meine Frage an Sie ist: Wo sehen Sie in Verantwortung der Kammern noch Potenziale, wie man Fachkräfte gewinnen und sichern kann, dass sie in der Region bleiben?

Die zweite Frage ist: Sehen Sie eine Möglichkeit, verstärkt ausländische Fachkräfte einzusetzen? Und in dem Zusammenhang: Welche Hinweise oder Bitten haben sie an die Politik, was da vielleicht noch passieren müsste?

Kristian Kirpal: Im Grundsatz steht es in der sächsischen Linie zum Investitionsgesetz, dass Sie dort ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen brauchen, erst einmal für diejenigen Arbeitskräfte, die vom Strukturwandel betroffen sind. Hier muss man ganz klar sagen: Wir reden über Industriearbeitsplätze. Damit Sie vielleicht einmal ein Verhältnis haben: Auf einem Industriearbeitsplatz habe ich im Schnitt im

Monat 1 000 Euro mehr auf der Hand, als wenn ich im Dienstleistungssektor unterwegs bin. Frau Kummer, manchmal ist es so, da sind wir Seite an Seite, dass wir genau diese Menschen erst einmal in diesen Themen auffangen und weiterqualifizieren müssen, damit sie für die neuen Technologien geeignet sind. – Das ist das eine Thema.

Das zweite Thema ist: Das wird aber grundsätzlich nicht reichen, dass wir, egal, in welcher Branche Sie dort unterwegs sind, bedingt durch den demografischen Wandel eine Zuwanderung von Fachkräften brauchen. Das ist unumgänglich. Wir beiden Kammern, gerade in Leipzig, sind in ausländischen Regionen unterwegs und initiieren Projekte, dass wir Facharbeiter hierher holen. Um das konkret zu sagen: Wir bilden im Ausland aus, um dann die Leute hierher zu bekommen. Dazu braucht es politische Unterstützung, weil das nicht in Europa möglich ist. Sie haben vorhin gezeigt, wo dieser demografische Wandel überall stattfindet, und wir müssen in die Regionen gehen, wo Potenziale bestehen. Das geht aber nur so, dass wir dort gezielt weiterbilden und dann die Leute hier entsprechend integrieren.

Da ist die Politik gefordert und muss das finanziell absichern, dass wir das dort leisten können. Sonst werden wir in Summe, auch in Sachsen, einen wirtschaftlichen Verlust erleiden. Die Wertschöpfung wird sinken, die Steuereinnahmen werden sinken, und wir können nicht mehr in dem Wohlstand leben, den wir jetzt haben.

Volker Lux: Schönen Dank für die Frage. – Ich würde die Beantwortung auch gern in zwei Teile teilen. Wenn man die Frage übersetzen würde, heißt der erste Teil der Frage: Wie gelingt es uns, in der Zeit der Unsicherheit bis zu einem erfolgreichen, gelungenen Strukturwandel die Fachkräfte, die vorhanden sind, in der Lausitz zu halten, und wie geben wir den Beschäftigten eine Perspektive? Wie kümmern wir uns darum, dass sie auch deshalb bleiben, weil noch die ältere Generation dort ist, dass sie ihre Eltern pflegen, dass sie ihren Kindern helfen, dort aufzuwachsen, dass wir nachfolgende Generationen haben?

Das gelingt nur dadurch, dass wir ihnen eine Perspektive geben müssen und durch Berechenbarkeit. Jede Diskussion jetzt schon zu 2030, 2038 trägt zu diesem Ziel nicht bei, den Menschen Sicherheit, Berechenbarkeit und Perspektive zu geben. Ich glaube, die Zweifel vieler Menschen in der Lausitz an einem Zeitpunkt 2030 führen auch dazu, dass sie sagen, ich glaube nicht, dass das klappt. Ich habe große Zweifel, da gehe ich lieber hier weg, bevor etwas Schlimmes passiert. Berechenbarkeit, Planbarkeit und eine Perspektive, die sich an den realistischen Verhältnissen in der Lausitz orientiert, sind für die Fachkräftebindung ganz erheblich.

Zweiter Teil der Antwort: Auch ich bin der Meinung, dass wir auf eine gezielte Zuwanderung in unsere Arbeitssysteme nicht verzichten können. Herr Kirpal hat es gerade angesprochen. Wir beiden Kammern sind in Asien unterwegs. Da gibt es aber zwei Prämissen, die wir haben. Prämisse 1 ist: Wir locken keine jungen Asiaten nach Deutschland, entziehen sie ihren Elternhäusern, was dann dazu führt, dass sie Heimweh bekommen und nach vier Wochen wieder weg sind. Wir kümmern uns darum, junge Vietnamesen nach Sachsen zu bringen, die in Vietnam die deutsche Sprache erlernen und einen Gesellenbrief der Handwerkskammer zu Leipzig oder einen Facharbeiterabschluss der IHK zu Leipzig haben.

Wen wir hierher locken, um das einmal flapsig zu sagen, der ist vorher ausgebildet. Darum nennen wir das auch Fachkräfteeinwanderung, und der Name hat einen Sinn,

weil ich persönlich ganz erhebliche moralische Bedenken habe, wenn wir Ländern, in denen das Lohnniveau nicht so hoch ist wie in Deutschland, künftige Eliten entziehen. Ich finde das schuftig, und wir baden das später mit Entwicklungshilfe aus. Ich finde einfach, das gehört sich nicht. Das heißt, der Wille der Regierung des Landes, mit dem wir sprechen, muss vorhanden sein. Der Wille ist in Vietnam stark ausgeprägt. Das Durchschnittsalter ist sehr niedrig. Die jungen Menschen haben Lust, nach Deutschland zu kommen, und wir bilden sie erst aus und holen sie dann her. Das heißt, wir machen das, was in Deutschland eine lange Tradition hat. Wir säen erst und ernten dann.

Danke schön.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich bedanke mich für die prägnante Stellungnahme. – Dann kommen wir zur Fraktion SPD, das ist die Kollegin Pfeil.

Juliane Pfeil, SPD: Vonseiten der SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön an die Sachverständigen. Ich beginne mit einer konkreten Nachfrage bei Herrn Dirschauer. Sie haben vorhin gesagt, dass sich auch Ihr Unternehmen auf den Weg der erneuerbaren Energien begibt. Das war noch etwas vage. Mich würde etwas konkreter interessieren, was genau Sie vorhaben. Was können wir als Freistaat tun, um Ihre Vorhaben besser und schneller voranzubringen? Wir haben vor allem in den letzten Monaten die Diskussionen zur Bauordnung oder zum Osterpaket immer wieder geführt. Das würde mich konkret interessieren.

Ich habe noch eine Nachfrage. Am ehesten werden das die Vertreter der Kammern oder der Gewerkschaften beantworten können. Die STARK-Richtlinie soll sich direkt an die Akteure vor Ort richten. Können Sie mir sagen, welche Erfahrungen Sie mit dieser Richtlinie haben bzw. wie diese abgerufen wird? Heute wurden schon verschiedene Fördermodalitäten erwähnt, diese bislang noch nicht.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Jetzt muss ich noch einmal fragen: Die erste Frage ging an wen?

Juliane Pfeil, SPD: An Herrn Dirschauer.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: An Herrn Dirschauer. – Bitte schön.

Wolfgang Dirschauer: Vielen Dank für die Frage. – Ich kann hier an Herrn Prof. Schneider mit der IFOK-Studie anknüpfen. Da ist die Rede von 18 000 GWh, also 18 Terrawattstunden. Ich versuche einmal, das als Nichtmathematiker umzusetzen. Wir denken, wir könnten das in der Größenordnung von 5 GW PV und 2 GW Wind in den nächsten zehn Jahren auf unsere Bergbauflächen bringen. Bei einer durchschnittlich anständigen Auslastung mit modernen Anlagen wäre das über den Daumen gerechnet die Hälfte der 18 000 GWh. Da bin ich einmal großzügig und runde bergmännisch.

Das heißt, wir haben als Unternehmen signifikante Potenziale identifiziert. Der Freistaat Sachsen hat schon etwas für uns getan, insofern verknüpfe ich das einmal mit etwas Ungewöhnlichem, nämlich einem Dank des Sachverständigen. Der Freistaat Sachsen hat eine Bundesratsinitiative lanciert, und der Bundesrat hat, wofür wir sehr dankbar sind, das ist auch völlig unironisch gemeint, einstimmig im Plenum unterstützt, dass er die Bundesregierung bittet, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen bzw. zu verbessern, dass die großen Potenziale, die in den Bergbaufolgeflächen existieren,

für erneuerbare Energien gehoben werden können. Da müssen wir ans Bundesberggesetz, an das Bundesbaugesetz und an das Raumordnungsgesetz heran.

Das ist nicht die Welt und führt auch nicht zur Entmachtung der Regionalplanung. Im Gegenteil. Das führt zur Entlastung, Rechtsklarheit und Rechtssicherheit für alle und zur Beschleunigung. Es führt auch dazu, dass wir nicht wie mit der Gießkanne überall 20 und 30 MW-Anlagen haben und die Landschaft großflächig industrialisieren. Ich sage das einmal ganz ungeschützt. Es führt zu einer Konzentrationswirkung. Wir bekommen industrielle Einheiten in relativ konfliktarmen Regionen. Konfliktfrei ist in dieser Welt gar nichts.

Lassen Sie es mich zugespitzt so formulieren: Wenn wir es nicht schaffen, in Bergbaufolgeflächen 1 000 MW, PV und Windparks hinzustellen, weit weg von Menschen und mit einer nicht so anspruchsvollen ökologischen Umgebung, wo wird es uns denn sonst gelingen, meine Damen und Herren? Wo wird es uns sonst gelingen? Wo wird es uns denn gelingen, wenn es gesellschaftspolitischer Konsens ist, diese erneuerbaren Energien auszubauen, das zu tun? Würde es uns auch sonst gelingen, Größenordnungen zu schaffen, die für Handwerk und Mittelstand regional Wertschöpfung erlauben, und zwar in der Sektorenkopplung nicht irgendwo – spitz gesagt – an der Nordseeküste, sondern Sektorenkopplung in den Transformationsregionen.

Ja, es ist physikalisch alles unstrittig, was die Herren Professoren zur geringen Energiedichte gesagt haben, aber man kann das Bestmögliche aus dieser geringen Energiedichte herausholen, ohne dass man – und das ist der zweite Punkt, weshalb ich es in meinem Eingangsstatement gesagt habe – deshalb wieder Klumpenrisiken schafft. Deshalb plädiere ich noch einmal nachdrücklich dafür und bedanke mich für die Unterstützung, dass wir das können, in diese konfliktarmen Regionen hineinzugehen und dass wir es mit einer aktiven Industriepolitik verknüpfen, die nicht wie bei Nokia dazu führen wird, dass nach Ablauf der Förderfrist die Sachen gepackt werden, um ins nächste Fördergebiet zu ziehen, sondern wirklich strategisch Technologien entwickelt, damit wir bei strategischen Rohstoffen nicht in die nächste Despotenfälle laufen. – Ich hoffe, das war hinreichend diplomatisch, damit ich nicht gleich abgeholt werde.

Vielen Dank.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Wir werden darauf achten, Herr Dirschauer, dass Sie heil nach Hause kommen. – Zur zweiten Frage hat sich Frau Kolbe gemeldet. Danach gebe ich der Kammer noch einmal das Wort.

Daniela Kolbe: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, Sie haben nach der STARK-Richtlinie gefragt. Wir halten es für ein sehr probates Mittel, dieses Bundesgeld dafür zu nutzen, die Akteure vor Ort in die Lage zu versetzen, den Strukturwandel anzugehen und zu gestalten. Ich sage das aus Sicht einer Organisation, dem DGB, die selbst von der STARK-Richtlinie profitiert. Wir sind die einzige Organisation, die einen bundesweiten Antrag gestellt hat. Wir haben über die STARK-Richtlinie Büros in allen Braunkohlerevieren eröffnen können und profitieren davon stark, wie der Name schon sagt, weil wir Expertise vor Ort haben, weil wir die Stimmung vor Ort aufnehmen können, weil wir auch die Ressourcen haben, andere an den Ideen zu beteiligen, die hier von Herrn Kirpal angemahnt wurden, wirtschaftswirksame Anträge zu formulieren.



Was wir in Sachsen wahrnehmen, ist, dass es mit der STARK-Richtlinie schleppend und nicht zielgenau vorangegangen ist. Wir glauben, dass es sinnvoller wäre, sich stärker auf die Planungskapazitäten der Kommunen oder noch besser von regionalen Verbänden zu konzentrieren, um die Verwaltung in die Lage zu versetzen, nicht nur nach dem dritten Antrag zur Kindertagesstätte – ich bin Mutter von zwei kleinen Kindern, ich habe nichts gegen Kitas –, sondern nach Anträgen zu schauen, die gut bezahlte, tarifgebundene, mitbestimmte Arbeitsplätze – darum geht es uns – initiieren und den Rahmen dafür zu schaffen. Da gibt es seitens des Freistaates Nachholbedarf. Hier könnten wir besser werden. Hier sind wir schlechter als andere Bundesländer. Das gibt's doch nicht, dass wir uns von Sachsen-Anhalt und Brandenburg etwas vormachen lassen! Hier der klare Appell, zielgenauer die Akteure vor Ort und die kommunalen Planungsverbände zu stärken, um schneller zu werden.

Richtig finden wir, dass sich die Staatsregierung dafür eingesetzt hat, dass STARK-Mittel nach vorn gezogen werden. Es ist sehr gut, dass 75 % der Mittel bis 2023 auf die Straße gebracht werden sollen. Dort werden sie nämlich gebraucht. Wir wollen erst einmal planen, und dann soll etwas von selber laufen. Insofern finden wir das richtig, aber ansonsten ist im Management noch sehr viel Luft nach oben.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Schönen Dank. – Wer möchte ergänzen? – Herr Kirpal, bitte.

Kristian Kirpal: Ich möchte zwei, drei Punkte ergänzen. Sicherlich sind die STARK-Themen notwendig, um in kleinen regionalen Themen etwas zu lösen. Aber im Grundsatz – ich schaue Sie als Abgeordnete alle an – tragen Sie nicht nur die Aufgabe, das Kleinteilige, sondern das Große und Ganze zu organisieren. Wenn man das Thema Strukturwandel nimmt, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, kann ich mich Frau Kolbe nur anschließen. Von Kindergärten können wir nicht überleben. Wir müssen endlich in die Umsetzung des Strukturwandels kommen. Dabei haben wir drei Schwerpunkte: Das sind einmal die Mittel des Strukturwandels. Das zweite Thema sind die Mittel der IPCEI-Programme, und das dritte Mittel sind die GDF-Programme. Sie müssen sicherstellen, dass das über die Haushalte kofinanziert ist, dass wir wirklich anfangen, Projekte umzusetzen.

Wenn man nur die Energieversorgung nimmt, reden wir darüber, dass eventuell Erdgastrassen umgenutzt, umgewidmet werden müssen, die Planungszeiträume in Anspruch nehmen. Teilweise müssen neue Leitungsabschnitte gebaut werden. Wenn ich nur den mitteldeutschen Raum nehme, reden wir erst einmal von einem Wasserstoffring, der um Leipzig herumgeht. Da sind wir noch nicht in den ländlichen Regionen angekommen. Wir schaffen es in den nächsten fünf bis zehn Jahren gerade einmal, dass wir die Industriebetriebe im Großraum Leipzig absichern, aber nicht im ländlichen Raum. Dort findet dann wieder ein Bruch statt, weil wir die Unternehmen dort nicht mitnehmen können, weil wir die Versorgung nicht sicherstellen können. Dort müssen die Erzeugungskapazitäten über PV, Agri-PV oder welche Möglichkeiten es gibt, geschaffen werden. Wir müssen in die Umsetzung kommen. Wir brauchen diese Genehmigungsverfahren, die schnell und unkompliziert gehen müssen. Es dürfen dort, um das im Kern zu sagen, keine ideologischen Diskussionen geführt werden. Das muss auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet werden, damit wir das auch im ländlichen Raum schaffen, und nicht nur in den Ballungsgebieten.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich sehe dazu noch eine Wortmeldung von Prof. Lüdecke. Bitte.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke: Kurz zur Diskussion: Wenn man sich das alles naiv anhört, ist es recht kompliziert. Ich möchte kurz feststellen: Wir hatten vor 30 Jahren eine funktionierende Energiewirtschaft. Es gab keine Stromausfälle, Blackout war überhaupt nicht die Frage. Es hat alles funktioniert. Jetzt kommt die naive Frage: Warum machen wir das nicht wieder? Mit folgendem Zusatz: Wir machen bei der Kohle CCS. Das heißt, wir bringen das CO<sub>2</sub> unter die Erde. Das wird gemacht, das geht. Die Klima-Verrückten sind dann befriedigt. Das heißt, wir haben keine Probleme mehr mit der Kohle. Wir bauen Kernkraftwerke. Kernkraftwerke sind CO<sub>2</sub>-frei, oder wir kaufen Kernkraftwerke. Ich will einmal ganz einfach fragen: Wozu diese Diskussion Strukturwandel? Wozu diese Situation jetzt in Deutschland? Wir sind jetzt wirklich auf der Kippe. Das haben wir uns selber eingebrockt, indem wir sukzessive unsere Grundlastkraftwerke abgeschaltet haben, indem wir sukzessive die Kernkraftwerke abgeschaltet haben. Klug war das nicht, um es vorsichtig ausdrücken.

Danke.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Das hat jetzt zur weiteren Wortmeldungen provoziert. Ich bitte aber um die gebotene Kürze. Zuerst Herr Rojahn und dann Prof. Schneider.

Dr. Gerd Rojahn: Das Thema der Förderprogramme wurde angesprochen. Gerade bei dem Programm STARK, das ich für eines der wichtigen Programme halte, gibt es elf unterschiedliche Förderbereiche, mit denen man sich beteiligen kann. Hier wäre im Rahmen einer Evaluierung wichtig, zu prüfen, welche Bereiche tatsächlich abgedeckt sind. Sind für den Strukturwandel wichtige, hilfreiche Projekte abgedeckt, oder wo muss ich mich für bestimmte Förderbereiche noch einmal gezielt kümmern? Es sind diejenigen anzusprechen, die sich an den für den Strukturwandel wichtigen Themen beteiligen könnten.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Prof. Schneider, bitte.

Prof. Dr. Jens Schneider: Es wurde die Frage gestellt, warum wir das Ganze machen. Man muss es noch einmal sagen, weil es zu kurz gekommen ist: Es gibt das Gas-Thema, das im Wärmebereich ist. Im Stromsektor geht es um – –

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich will Sie nicht ungehörig unterbrechen, aber wenn ein Experte dem anderen eine Frage stellt, ist das hier nicht Sinn der Sache.

Prof. Dr. Jens Schneider: Ich mache es kurz. Die Krise, die Stromausfallgefahr, die wir haben, rührt aus dem Ausfall der französischen Atomkraftwerke. Der ist durch den Klimawandel ausgelöst, da es gerade kein Wasser in den Flüssen gibt und in Deutschland, dass die Steinkohle die Flüsse hinauf nicht zu den Kraftwerken kommt. Das ist die Ursache für die Blackout-Gefahr, die wir gerade haben. Von daher funktioniert das alte Energiesystem nicht, sondern es geht darum, dass wir das neue schaffen und voranbringen. Da kann ich Herrn Lüdecke nicht zustimmen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Frau Gabler, ich gebe Ihnen nur das Wort, wenn Sie bitte auf die Fragestellung eingehen und nicht die Expertendiskussion befeuern.

Dr. Julia Gabler: Ich möchte gerne auf die Fragestellung nach der Bundesrichtlinie STARK eingehen und eine Rückmeldung aus den Regionen geben. Frau Kolbe hat gesagt, dass sie einen Bundesantrag einreichen konnten. Genau der Eindruck entsteht, wenn man sich ansieht, was über die STARK-Richtlinie bislang gefördert wurde, dass die großen Player zum Zuge kommen und die kleinen nicht. Wir haben eine heterogene Region. Ja, wir können uns wünschen, dass die mehr Quantität aufbaut, dass die mehr Großunternehmen hat, dass die mehr von allem hat, was sie bislang nicht hat oder vielleicht auch in Zukunft nicht mehr haben wird. Oder wir schaffen mit genau den Mitteln die Möglichkeit, diese dezentrale, heterogene, diversifizierte Struktur – – Ich rede jetzt aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, aus dem wirtschaftlichen würde ich mich gern zurückhalten. Hier sitzen andere Experten, deren Interessen schon artikuliert sind. Aber ich plädiere insbesondere aus dem zivilgesellschaftlichen und dem kleineren Vereinsbereich dafür, explizit auf die Akteure zuzugehen, weil die Situation, die bei STARK erforderlich ist, aus beiden Ländern die Zustimmung zu bekommen, damit man einen STARK-Antrag erfolgreich lancieren kann. Im Grunde frage ich mich, was Sie in Ihrem Revier-Wende-Projekt machen, weil wir noch nicht explizit adressiert worden sind. Aber ich will hier nicht attackieren.

Die Unruhe, die in den Regionen entsteht, ist: Wo kommt das Geld zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren? Im Gleichstellungsbereich, in dem ich stark unterwegs bin, sieht man, dass das, was als wichtiges Thema bezeichnet wird, Herr Rojahn, ganz unterschiedlich ausfallen kann. Das ist von der EU bis nach unten in die Region strittig und bekommt dann tatsächlich – das war mein Statement – nicht die finanzielle Unterstützung, die es in dem Rahmen von Beteiligung und Themensetzung benötigt. Von daher ist meine Aufforderung an Sie, an die Abgeordneten, da zu unterstützen, stärker auf die Akteure zuzugehen und ihnen den Zugang zur STARK-Richtlinie zu ermöglichen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Vielen Dank. – Ich schaue in die Fraktionen und läute eine zweite Fraktionsrunde ein, wenn das gewünscht ist. Es besteht kein Rede- oder Fragezwang. Ich schaue in Richtung der AfD-Fraktion. Herr Thumm, noch einmal?

Thomas Thumm, AfD: Ich habe noch eine Frage: Bei der Diskussion um Energie, die wir dieses Jahr alle dringend brauchen, möchte ich eine Frage an Herrn Dirschauer stellen: Sie haben gesagt, dass Sie sich in der LEAG darauf vorbereiten, mit Solarenergie- und Windenergieanlagen die Braunkohleflächen zu bereichern. Meine Frage geht aber dahin: Wir haben das große Problem im Strukturwandel, die wertschöpfenden Arbeitsplätze zu erhalten. Es ist unbestritten, dass die Kohlearbeitsplätze für die Regionen ganz wichtig sind. An einem Kohlearbeitsplatz hängt mindestens noch ein weiterer Arbeitsplatz, Bäcker, Handwerker usw. Die Wertschöpfung ist ziemlich hoch. Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen – wenn ich es richtig verstanden habe, bitte korrigieren Sie mich – 5 bis 10 Gigawatt erneuerbare Energien schaffen, wie viele Arbeitsplätze werden dann bei Ihnen im Unternehmen noch vorhanden sein? Von wie vielen Arbeitsplätzen gehen Sie aus, die Sie halten können, wenn Sie im Vergleich zur heutigen Situation auf erneuerbare Energien umstellen? Herr Dirschauer, die Frage geht direkt an Sie.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Bitte, Herr Dirschauer.

Wolfgang Dirschauer: Vielen Dank für die Frage. In der Tat ist die Wertschöpfung enorm. Wir können sagen: Ein installiertes Megawatt ist ein Arbeitsplatz. Wir haben

7 000 Megawatt am Netz, und wir haben mindestens 7 000 FTE, also full-time equivalents. Wir haben eine hohe Ausbildungsquote. Wir haben 85 % Gewerkschaftsmitgliedschaft bei uns in der Truppe. Dabei schließe ich die Damen mit ein. Das ist ein Pfund. Das ist etwas, was alle bewegt. Das bewegt auch die Kolleginnen und Kollegen, von denen 99 % in der Region leben. Von denen kommen mehr als die Hälfte aus der Kohle. Wir haben aber zur Kenntnis zu nehmen, dass unser Claim Energie für Generationen neu zu füllen ist.

Bis vor zehn Jahren ist jeder bei uns im Unternehmen der Meinung gewesen: Meine Kinder haben hier auch noch ihre ganze Arbeitszeit im Unternehmen, in der Kohle. Wir werden daran arbeiten, dass sie auch ihre Arbeitszeit im Unternehmen haben können, wenn sie es denn wollen, für eine Strecke mit der Kohle und dann mit etwas anderem. Wir werden diversifizieren. Ich habe deutlich gemacht, die Alternative dazu ist, dass wir einen Auslaufbetrieb machen. Das heißt, 2038 gibt es nicht mehr 7 000 Arbeitsplätze, sondern nur noch diejenigen, die wir für die Rekultivierung benötigen. Die Rekultivierung geht in die 2080er Jahre. Wir werden deshalb diversifizieren.

Wir werden in Erneuerbare diversifizieren, aber nicht als Finanzinvest. Das ist in der Tat pro installiertem Megawatt ein ganz anderer Arbeitshebel. Das weiß jeder. Das kann man auch nicht schönreden. Die Anlage selbst ist erheblich weniger arbeitsintensiv und liefert erheblich weniger Wertschöpfung. Deshalb ist unser Ansatz ein industriepolitischer. Wir wollen in industriellen Größenordnungen ermöglichen, dass wir selbst und unsere Partner dort aktive Ansiedlungspolitik ermöglichen können. Wir wissen auch, wir werden neben dem Bein erneuerbare Energien immer ein Standbein gesicherte Leistung benötigen, da beißt die Maus keinen Faden ab. Sie werden gesicherte Leistung benötigen; denn – der Bundestagsabgeordnete Arnold Faatz hat das so schön formuliert – jede Zahl mit null multipliziert ergibt null. Die Zeiten, in denen die Sonne nicht scheint, sind uns allen wohl vertraut. Man nennt es Nacht. Da ist es völlig egal. Da brauchen Sie Speicher. Da brauchen Sie gesicherte Leistung.

Mit welchem Energieträger diese gesicherte Leistung in 2030 plus betrieben wird, hatten wir bis vor zwei Jahren eine große Sicherheit. Neun von zehn in diesem Raum hätten gesagt: Erdgas. Was sonst? Vielleicht hätte man gesagt: Hinten heraus, wenn es geht, Wasserstoff. Aber wir haben vorn heraus jetzt schon ein Problem, weil Erdgas fundamental infrage gestellt ist, und zwar sowohl von der Verfügbarkeit her als auch vor den Kosten. Das macht das alles so schwierig. Ich habe vorhin gesagt: Im Moment steht jede Investition im Risiko, und es sind Investitionen, die der Staat nicht mehr abfangen kann. Noch einmal: 200 Milliarden Euro Mehrkosten für Erdgas dieses Jahr. Das ist die Hälfte des Bundeshaushaltes. Das ist nicht mehr mit Sozial- und Umverteilungspolitik zu lösen. Wir brauchen Industrie-, Energie- und wirtschaftspolitische Antworten. Die brauchen wir im europäischen Verbund. In einem Wettbewerb der europäischen Energie-Nationalismen ist Deutschland denkbar schlecht aufgestellt. Da ist es der Weg in den Abgrund, aber mit einem Turbo.

Ganz konkret: Ja, wir werden weniger Menschen bei LEAG sein. Die werden in anderen Arbeitsplätzen arbeiten. Aber wir hoffen immer noch, dass wir eine anständige vierstellige Zahl an gut bezahlten Industriearbeitsplätzen in der Lausitz und außerhalb der Lausitz haben werden. Wir bauen in Bayern gerade ein Gaskraftwerk als netztechnisches Betriebsmittel in Leipheim, damit auch in Südwestdeutschland das Licht nicht ausgeht, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Das Unternehmen wird 2038 ein anderes sein. Es wird hoffentlich ein gutes mit guten Industriearbeitsplätzen und 85 % Gewerkschaftsbindung sein, sonst werde ich böse angeschaut. Nein, das meine ich ernst. Ich bin selber Gewerkschaftsmitglied. Aber das wird eine schwierige Reise. Zu glauben, dass es einfach ist, ist genauso ein Fehlglaube, wie der, dass Strukturentwicklung – nicht Strukturwandel, der passiert von allein – Strukturentwicklung gelingt, wenn man nur einmal Geld auf den Tisch legt.

Das ist nicht meine Pforte, aber bei Unternehmensentwicklungen, die alle sechs Monate neu beleuchtet werden müssen, müssen wir auf Externalitäten achten. Wir müssen auf dem Weg flexibel sein.

Danke.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Danke an Herrn Dirschauer. – Für die CDU-Fraktion hat sich Andreas Heinz gemeldet.

Andreas Heinz, CDU: Ich habe eine Frage, bei der ich aber nicht genau sagen kann, wer sie beantworten könnte. Es gibt einen Fahrplan des Kohleausstiegs. Das war an der Tafel zu sehen. Als dieser Fahrplan beschlossen wurde, wurden parallel Annahmen getroffen, wie der Zubau von verschiedenen anderen Dingen, also Gaskraftwerken, Photovoltaik, Wind und Leitungen vom Norden in den Süden, erfolgen könnte. Jetzt kommt die Frage: Kann jemand sagen, wie wir mit den damals angenommenen Zubaumöglichkeiten im Plan liegen? Liegen wir genauso wie bei der Abschaltung im Plan? Sind wir schneller oder deutlich hinterher?

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Jetzt sind vermutlich die Energieexperten gefragt. Herr Dirschauer hat sich gemeldet, dann gebe ich ihm gleich das Wort.

Wolfgang Dirschauer: Eine Minute, versprochen. – Bei allen Erneuerbaren weit über dem Plan, deutlich schnellerer Ausbau bei allen Netzen, ohne die die Erneuerbaren keinen wirklich signifikanten substanziellen Beitrag leisten können, weiterhin der Plan trotz aller Netzausbaugesetze. Wir sind bei den Netzinfrastrukturen fünf bis zehn Jahre hinter dem Plan. Ersatzkraftwerke Erdgas – komplette Fehlanzeige. Niemand fasst das mehr an. Das ist völlig verbranntes Territorium. Sie können den BDEW, unseren Bundesverband, fragen, niemand nimmt heute irgendein Risiko mehr im Bereich von Erdgas in die Hand, es sei denn, der Staat tritt zu 100 % als Risikonehmer ein. Das kann es ja wohl nicht sein.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich bedanke mich für die kurze Antwort. – Herr Lüdecke hat sich gemeldet.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke: Ebenfalls eine kurze Antwort: Die Energiewende sofort beenden! Dazu sind politische Vorbereitungen nötig. Wieder zur Kohle zurück und CCS machen, dann gibt es gegen die Kohleverstromung keine Argumente mehr und langfristig – das geht nur langfristig – wieder in die Kernenergie einsteigen; zuerst Entwicklung und dann wieder selber bauen. Ich sehe eigentlich keinen anderen vernünftigen Weg. Alles andere führt zum Chaos, wie wir gesehen haben, und es führt zur Deindustrialisierung; denn der bisherige Weg war nichts anderes als eine ökoideologische Deindustrialisierung unseres Landes. Es ging nicht um Klima oder irgendetwas anderes, sondern es ging um Gesellschaftsveränderung.

Danke.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Mir war klar, dass sich Herr Prof. Schneider sofort meldet. Bitte.

Prof. Dr. Jens Schneider: Auch eine kurze Antwort: Wir sind überall hinterher, aber es ist nicht so, dass wir das Tempo setzen. In dieser Woche gab es eine schöne Studie darüber. In China werden gerade auf dem Polysilizium-Markt Kapazitäten aufgebaut, also am Anfang der Wertschöpfungskette bei der Photovoltaik für 1 Terrawatt pro Jahr Solarproduktion. Das heißt, dass man in China jedes Jahr 1 Terrawatt zusätzliche Leistung erstellt. Das wird jetzt vorn an der Wertschöpfungskette angeschoben. Da wird richtig Industrie aufgebaut, da wird richtig geklotzt und nicht gekleckert, da geht es voran. Damit kann man bilanziell ungefähr 5 % der jährlichen weltweiten Stromproduktion durch Photovoltaikproduktion abdecken. Das werden die Chinesen in naher Zukunft auf den Markt werfen. Die Pläne dafür stehen da, diese Kapazitäten aufzubauen, und ja, es ist bei uns zu langsam. Aber die Konsequenz ist, wir müssen schneller vorankommen. Gerade beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist das sehr wichtig, und da müssen die Hürden verschwinden.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Danke schön. – Frau Mertsching hat sich gemeldet. Bitte.

Antonia Mertsching, DIE LINKE: Vielen Dank. – Ich habe zwei Fragen, und zwar an Herrn Kirpal, Herrn Lux und Frau Kolbe. Schon mit dem Beschluss des Kohleausstiegs stand aufgrund verschiedener wissenschaftlicher Studien fest, dass von den damals 8 000 bei der LEAG Beschäftigten bis 2030 ungefähr zwei Drittel in Rente gehen werden. Das Ziel des Kohleausstiegs wurde und wird immer noch formuliert mit: 8 000 Industriearbeitsplätze schaffen und erhalten. Herr Kirpal hat in seinem Beitrag vorhin gesagt, dass es ein unbedingtes Ziel sein muss, Arbeitsplätze zu schaffen.

Jetzt haben wir aber eigentlich eine Situation des demografischen Wandels, die dafür sorgt, dass bis 2030 in den Landkreisen Bautzen und Görlitz zwischen 30 000 und 40 000 Erwerbstätige wegfallen werden. Wir haben heute schon die Situation des akuten Fachkräftemangels. Deshalb würde mich von Ihnen interessieren, wo Sie die Priorität in dem Dreieck demografischer Wandel, jetzt schon vorhandener Fachkräftemangel und Schaffung von Arbeitsplätzen als Zielformulierung des Strukturwandels sehen. – Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Welche Hindernisse sehen Sie in der Lausitz für eine erfolgreiche Zuwanderung ausländischer Fachkräfte?

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Frau Mertsching hat zwei Fragen an drei Experten gestellt. Deshalb bitte ich um kurze Antworten.

Kristian Kirpal: Ganz kurz und knapp: Wenn Sie nicht die industriellen Arbeitsplätze schaffen, werden Sie es auch in Zukunft nicht schaffen, 5,74 Milliarden Euro im Haushalt mehr auszugeben, sondern Sie müssen darüber diskutieren, ob Sie 5 Milliarden Euro weniger ausgeben, weil Sie sonst die Steuereinnahmen aus der Wertschöpfung nicht mehr haben. – Ganz einfaches Thema. Sie brauchen die Fachkräfte dazu. Wir müssen in Sachsen in die Offensive gehen, dass wir die Leute hierher holen, eine andere Chance werden wir nicht haben. Sie bekommen nur gut bezahlte, hochqualifizierte Arbeitskräfte – wir können gern noch darüber diskutieren, ob

sie gewerkschaftlich gebunden sind oder nicht –, aber wenn Sie die Arbeitskräfte nicht haben, werden wir es wirtschaftlich in Sachsen nicht mehr schaffen, und das geht nur mit gezielter Zuwanderung, weil wir es demografisch aus eigener Kraft nicht mehr lösen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Frau Kolbe.

Daniela Kolbe: Ich habe den Wunsch an Sie, zu prüfen, ob man kursorisch prüfen kann, einen Faktencheck zu machen. Ich fände es ungut, wenn die gewählten Abgeordneten des Sächsischen Landtags in Erinnerung behalten, dass die Braunkohleverstromung die umweltschonendste Energieform ist und wir vor 30 Jahren weniger Stromausfälle hatten als jetzt.

(Thomas Thumm, AfD: Das hat niemand gesagt! Seit wann kritisieren Experten andere?! – Zuruf des Abg. Holger Hentschel, AfD)

Das wäre ungut. Man sollte sich auf Fakten stützen, die stimmen.

Zur Frage von Ihnen, Frau Abg. Mertsching: Wir legen den Fokus darauf, dass dort Arbeitsplätze – ich wiederhole mich – die tarifgebunden und mitbestimmt sind, erhalten bleiben oder neu entstehen. Das ist für uns der Treiber einer positiven Entwicklung für die Lausitz. Dazu gehört, in Aus- und Weiterbildung zu investieren, dass die Menschen mit dem veränderten Arbeitsplatzangebot hinkommen. Dann muss man vielleicht alte Wege wie Verbundausbildung neu denken, dass man es ermöglicht, dass Unternehmen, die sich zusammenschließen, Fachkräfte der Zukunft ausbilden und die jetzigen Belegschaften so weiterbilden, dass sie weiter in gut bezahlten Arbeitsplätzen tätig sein können.

Wir sehen in der Lausitz weiter einen Industriestandort. Das ist in beiden Revieren so. Es sind industriell geprägte Standorte, und wir glauben nicht daran, dass man Wertschöpfung auf der grünen Wiese baut, sondern es ist immer klug, dorthin zu gehen, wo es eine Geschichte, wo es auch Wissen gibt, aber auch ein kollektives Wissen und eine kollektive Erfahrung von Industrie als etwas Positivem und Prägendem. Deshalb sehen wir das in der Lausitz weiterhin.

Ausländische Fachkräfte: Stellen Sie sich das vor: Für die Lausitz ist es einmal positiv, an der Grenze zu liegen, aber wenn ich mir vorstelle, dort als ukrainischer Kriegsflüchtling anzulanden, freue ich mich erstens über offene Arme, die dauerhaft offen sind und sich in einer Zugewandtheit und Akzeptanz von Vielfalt, vielleicht sogar einer Wertschätzung von Vielfalt und unterschiedlichen Erfahrungen widerspiegeln, und wenn ich dann etwas Deutsch gelernt habe, schaue ich sicherlich auch, was ich wo verdienen kann. Danach werde ich meine Entscheidung treffen, wenn ich in Deutschland bleiben will, wo ich das tue. – Ich denke, dass ich damit Ihre Frage beantwortet habe.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Herr Hentschel hat sich beschwert, dass Frau Kolbe uns Abgeordneten Ratschläge erteilt. Ich will einmal klarstellen, dass wir die Experten eingeladen haben, damit sie uns Ratschläge erteilen, allerdings – und damit relativiere ich das wieder – bitte zu den Fragen, die gestellt wurden. – Herr Lux, wollen Sie noch ergänzen?

Volker Lux: Ja. Wenn ich die Frage richtig verstanden habe, haben Sie gefragt, wieso wir uns so viele Gedanken darüber machen, Arbeitsplätze in der Lausitz zu schaffen. Dort wohnt doch sowieso keiner mehr, der arbeitet, weil die alle so alt und schon in Rente sind. – Wer übertreibt, spricht deutlich.

Diese Frage beantworte ich jetzt. Wozu brauchen wir Industriearbeitsplätze in der Lausitz? Wir brauchen Industriearbeitsplätze in der Lausitz und trotz aller demografischen Schwierigkeiten, weil die Abgeordneten des Sächsischen Landtags sehr gern der Versuchung erliegen, im Stellenplan des Freistaates Sachsen keine Mäßigung walten zu lassen und wir zumindest so viele Erwerbstätige brauchen, dass das Steueraufkommen ausreicht, um den Stellenplan des Doppelhaushalts des Freistaates Sachsen auszufinanzieren.

Danke schön.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich schaue in Richtung der SPD-Fraktion. Gibt es noch Fragen? – Nein. Ich schlüpfe einmal in die Rolle des Ausschussmitglieds.

Ingo Flemming, CDU: Ich würde gern eine Frage an Herrn Dr. Plaul stellen. Ein Punkt wurde heute noch wenig oder fast gar nicht zum Thema gemacht. Sie erwähnten in einem Teil Ihres Vortrags, wie wichtig die Forschung im Lande ist. Sie führten auch aus, dass wir aus Ihrer Sicht in Sachsen Nachholbedarf haben, was dieses Thema betrifft. Deshalb frage ich Sie: Es ist jetzt beabsichtigt, zwei Großforschungszentren, eines im Lausitzer Revier und eines im Mitteldeutschen Revier, zu platzieren. Wie sehen Sie dieses Vorhaben, und welche Auswirkungen könnten Sie aus Ihrer Sicht dazu vielleicht prognostizieren?

Dr. Cornelius Plaul: Prinzipiell ist es schön für die Region, wenn dort Forschungsarbeitsplätze entstehen, aber ob es dem Ziel dient, die wegfallenden Industriearbeitsplätze zu ersetzen, kann, denke ich, durchaus bezweifelt werden. Das sind Dinge, die in der Grundlagenforschung angesiedelt sind. Bis sich da etwas in wertschöpfende Bereiche transferiert, das dauert sehr lange. Generell, würde ich sagen, ist ein Grundproblem bei der öffentlichen Forschung und Entwicklung, dass zu wenig Wert darauf gelegt wird – es werden auch zu wenig Vorgaben gemacht –, dass mit der regionalen Wirtschaft kooperiert werden muss.

Wir haben in Sachsen sehr viele solcher Institute. Darauf ist der Freistaat immer sehr stolz. Aber oftmals ist das so etwas wie verlängerte FuE-Werkbänke für größere Konzerne, die außerhalb Sachsens sitzen. Es müsste klar an die Mittelvergabe gekoppelt werden, dass Kooperation mit sächsischen Firmen stattfinden muss und dass es gerade für KMU erschwinglich sein muss, die sich das oft nicht leisten können. Dazu bedarf es eines Controllings, um Forschungsoutput und solchen Transferoutput messbar zu machen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Schönen Dank für die Antwort. – Ich schaue noch einmal in die Runde. Herr Thumm hat noch Fragebedarf.

Thomas Thumm, AfD: Ich habe noch eine Frage, weil mich das brennend interessiert, was Herr Prof. Schneider zum Thema E-Autos, die kommen sollen, angesprochen hat. Wir wissen zwar alle nicht, wo der Strom herkommt – das ist bitte nicht wertend, sondern einleitend zu verstehen. Wir wissen auch nicht, wie das die Netze



transportieren sollen, aber wir steigen voll auf E-Mobilität um. Sie sagten, die E-Mobilität als Speicher zu nutzen. Das würde mich interessieren. Vielleicht können Sie das noch einmal kurz erläutern. Herr Bennert, auch Ihre Meinung dazu würde mich interessieren, die Akkus in den batteriebetriebenen E-Autos als Speicher bzw. Netzstabilisator zu nutzen.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Jens Schneider: Man braucht dazu beides. Man braucht die technischen und die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die das können. Ich glaube, technisch geht da sehr viel, aber im Detail wird es sicherlich noch Entwicklungsbedarf geben. Das Potenzial ist riesig. Wenn wir 40 oder 45 Millionen Pkw perspektivisch durch Elektroautos ersetzen und die 90 % der Zeit irgendwo stehen, dann können sie durchaus als Speicher genutzt werden. Es ist eine große Speichermenge, die man damit anbieten kann. Man muss sich die Rahmenbedingungen im Detail anschauen, wie das funktioniert. Ich glaube, es muss sich für die Leute, die das machen, auch lohnen, sodass die Marktbedingungen stimmen, dass man damit quasi entweder Geld verdienen oder das Auto in einer anderen Form günstig betanken kann. Das sind aus meiner Sicht die wichtigen Dinge, aber definitiv Chancen, wie man das handhaben kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Elektromobilität kommen wird, weil es der effizienteste Weg ist, um die batterieelektrische Mobilität zu gestalten.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Danke. – Herr Bennert, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Ich sehe einen solchen Vorschlag eher als einen Ausdruck der Verzweiflung, weil leistungsfähige Speicher in der entsprechenden Größenordnung nicht in Sicht sind. Ein solcher Vorschlag kann nur von Menschen gemacht werden, die nicht näher mit dem Aufwand vertraut sind, der technisch zu treiben ist. Ich sehe einmal von der Tatsache ab, dass Batterien eines Fahrzeugs üblicherweise an eine Steckdose gehängt werden, um geladen und nicht, um entladen zu werden. Das nehme ich jetzt einfach hin.

Um überhaupt eine Entladung vorzunehmen, die der Batterie nicht schadet, die die Batterie nicht völlig leersaugt, muss man den Ladezustand der Batterie bestimmen. Üblicherweise wird er so bestimmt, dass man eine Batterie längere Zeit ganz ruhig stehenlässt. Dann ist die Leerlaufspannung, die man abnehmen kann, ein Maß für die Ladung. Das reicht aber noch nicht aus. Man muss auch die Kapazität dieser Batterie kennen, um den Entladestrom in geeigneter Weise zu bemessen.

Käme man einmal auf die Idee, dass er mit einer Tastatur vom Besitzer einzugeben ist, aber auch das halte ich nicht für hinreichend, die Kapazität dieser Batterien verändern sich doch merklich, und nach acht Jahren ist sie auf weniger als die Hälfte geschrumpft. Die wäre auch zu messen. Dieser Messvorgang ist noch komplizierter.

Nehmen wir einmal an, das würde alles geschafft, kann man noch lange nicht laden; denn die Gleichrichter, die die Batterie aufladen, kann man nicht rückwärts betreiben, sondern Sie müssen in jeder einzelnen Wallbox einen Wechselrichter platzieren, der den Ladevorgang ausübt. Die Einschätzung des Ertrags, den Sie hier haben, kann ich überhaupt nicht teilen. Ich denke, das liegt um Größenordnungen darunter. Wann denken Sie überhaupt, dass wir die 45 Millionen Autos haben werden?

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Bitte keinen Dialog.

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Ach so, wir wollen keine Diskussion.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Wir wollen schon eine Diskussion, aber nicht der Experten untereinander. Das kann manchmal auch erhellend sein.

Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert: Ich verzichte darauf und beende meine Ausführungen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Herr Dirschauer möchte etwas zu der Frage sagen.

Wolfgang Dirschauer: Nur ein ökonomischer Hinweis: Zu Recht wurde gesagt, wer das tankt, ist der Eigentümer des Stroms. Das heißt, er muss ein Entgelt bekommen, wenn er das Eigentum wieder abgibt. Rechnen wir einmal damit, dass der Strom nicht an die Fahrer verschenkt werden, sondern einen Marktpreis haben soll, damit die, die die Infrastruktur bauen, davon leben können. Wir sind einmal großzügig und sagen, 50 Cent die Kilowattstunde, okay? Das heißt, er muss mehr als 50 Cent für das Ausspeichern bekommen. Das bedeutet einen Großmarkthandelspreis von 500 Euro pro Megawattstunde. Das ist das, was wir jetzt in der Krise haben.

Im Normalbetrieb ist das kein Preis, der am Strommarkt erlöst wird, und wenn 500 Euro der Normalpreis für Strom wird, wird in diesem Land nicht mehr über E-Mobilität gesprochen. Das möchte ich vorsichtig und ohne Wertung sagen. Das heißt, da muss fundamental an der Ökonometrie gearbeitet werden, und das ist nicht etwas von Modellen, sondern vom realen Marktverhalten. Sonst wird das niemand machen. Die Leute lassen sich nicht enteignen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Ich gebe jetzt Herrn Kirpal noch einmal das Wort, aber wir haben durchaus wahrgenommen, dass es zu diesem Thema der Batterie- und -entladung bei den Experten unterschiedliche Meinungen gibt. – Herr Kirpal, bitte.

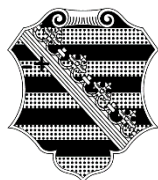
Kristian Kirpal: Es wäre schlimm, wenn es keine unterschiedlichen Meinungen geben würde, aber zum Schluss, das muss man ganz nüchtern sagen, wird das der Markt bestimmen. Es gibt heutzutage schon Batterieladestationen, die sowohl ein- als auch ausspeisen können. Selbst bei uns in der Firma haben wir das schon. Das ist überhaupt kein Problem. Wir können den Strom einerseits für die Beladung der Autos nutzen und dann zwischenspeichern, weil die Autos den ganzen Tag sinnlos vor der Tür stehen. Zum Schluss wird es der Markt bestimmen, wie das funktioniert. Die ökonomischen Systeme sind heutzutage in der digitalen Welt so schnell, digitale Abrechnungen über das Handy machbar, wo das schon bei den Elektroautos läuft, dass es dort Lösungen gibt. Ob das zum Schluss alles Batterielösungen sind, wird der Markt zeigen.

Stellv. Vors. Ingo Flemming: Schönen Dank. – Ich schaue noch einmal in die Runde. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Experten, auch für die Disziplin, die Sie an den Tag gelegt haben. Ich musste wenig nachsteuern. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, dass Sie hierhergekommen sind und uns an Ihrem Sachverständigenwissen teilhaben ließen. Damit schließe ich die Anhörung.

(Schluss der Anhörung: 12:59 Uhr)

**Anlagen**

- 1 Sachkundigenübersicht
- 2 Präsentation Bennert
- 3 Redebeitrag Gabler
- 4 Präsentation Kirpal
- 5 Stellungnahme Lüdecke
- 6 Präsentation Lux
- 7 Präsentation Plaul
- 8 Stellungnahme Rojahn
- 9 Präsentation Schneider



# Sächsischer Landtag

AUSSCHUSS FÜR REGIONALENTWICKLUNG

## Öffentliche Anhörung

Drs 7/9586

„Den sächsischen Kohleausstieg überdenken, Strukturwandel überprüfen, Energiesicherheit herstellen“

Antrag der AfD-Fraktion

**am 9. September 2022, 10:00 Uhr, Plenarsaal**

eingeladene **Sachkundige** (in alphabetischer Reihenfolge):

Name	Funktion und/bzw. Institution
Prof. Dr. Dr. Wulf Bennert	freischaffend
Wolfgang Dirschauer	Leiter Politik LEAG – Lausitz Energie Bergbau AG
Dr. Julia Gabler	Vertretungsprofessorin Master Management sozialen Wandels/ Direktorin TRAWOS Institut/ Hochschule Zittau/Görlitz
Kristian Kirpal	Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig
Daniela Kolbe	Stellvertretende Vorsitzende Deutscher Gewerkschaftsbund
Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke	Professor im Altersruhestand HTW des Saarlands

<b>Volker Lux</b>	Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer zu Leipzig
<b>Dr. Cornelius Plaul</b>	Referent Volkswirtschaft imreg Institut für Mittelstands- und Regionalentwicklung GmbH
<b>Dr. Gerd Rojahn</b>	Stadt-, Regional- und Landesplaner
<b>Prof. Dr.-Ing. Jens Schneider</b>	Professor für Vernetzte Energiesysteme Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig